

## CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-I.

25X1

## REPORT

DATE DISTR. 10 JAN 1958

NO. PAGES 1

REQUIREMENT NO.	RD
-----------------	----

PLACE &  
DATE ACQ

## REFERENCES

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

25X1

PLEASE ATTACHED  
PLEASE ROUTE

25X1

17 FEB 1958  
10 FEB 1958

11 FEB 1958

ENCLOSURE ATTACHEE  
PLACE ROUTE

1.4 FEB 1951

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

# Mitteilungsblatt



## DES RATES DES BEZIRKES FRANKFURT (ODER)

Nr. 24

Herausgegeben vom Rat des Bezirkes

Juli 1957

### Inhaltsverzeichnis:

1. Direktive zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1958 für den Bezirk Frankfurt (Oder).
2. Für einen besseren Einzug der Gemeindesteuern.

25X1

## Direktive

### zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1958 für den Bezirk Frankfurt (Oder)

Die Hauptaufgaben des Jahres 1958 zur weiteren Entwicklung und Festigung der Volkswirtschaft unserer Republik und zur Erhöhung des Lebensstandards unserer Werktätigen sind die vorrangige Entwicklung der Kohle- und Energiebasis, die weitere Steigerung des Wohnungsbaues sowie die Erhöhung der landwirtschaftlichen Marktproduktion. Die gesamte örtliche Wirtschaft des Bezirkes muß alles in ihren Kräften stehende zur Lösung dieser Aufgaben beitragen.

Für die Weiterentwicklung der örtlichen Wirtschaft des Bezirkes Frankfurt (Oder) im Jahre 1958 ergeben sich folgende wichtige Aufgaben:

Die industrielle Bruttoproduktion ist 1958 auf mindestens 107,4 Prozent gegenüber dem Volkswirtschaftsplan 1957 zu steigern. Hierbei kommt es in erster Linie auf eine weitere rasche Entwicklung und der Qualitätsverbesserung der Produktion der Lebensmittelindustrie an. Die Steigerung der Produktion im Maschinenbau muß ohne erhöhten Materialeinsatz erfolgen. Deshalb müssen die Betriebe des Maschinenbaus sich auf die Einsparung von Materialeinsatz je Erzeugnis orientieren. Außerdem muß der Schwerpunkt in der Kooperation mit den zentralen Betrieben liegen.

In der privaten Wirtschaft müssen mehr als bisher alle Produktionsmöglichkeiten — insbesondere die zur Befriedigung des industriellen Bedarfes der Bevölkerung — genutzt werden.

Die Kapazitäten des Handwerkes sind vor allem durch eine bedeutende Steigerung der Reparaturleistungen sowie der Dienstleistungen weitestgehend auszunutzen.

Die Baustoffindustrie hat durch eine bedeutende Steigerung der Produktion im Jahre 1958 zur Sicherung des umfangreichen Bauprogrammes, besonders des Wohnungsbaues, beizutragen. Die Produktion der Baustoffindustrie ist derart zu entwickeln, daß die bestehenden Disproportionen zwischen der möglichen Auslastung der Kapazitäten der Bauindustrie und den Leistungen der Baustoffindustrie 1958 beseitigt werden.

In der Landwirtschaft besteht die Hauptaufgabe in einer weiteren Erhöhung der Marktproduktion. Das Schwergewicht muß hierbei auf die Steigerung der Marktproduktion an tierischen Erzeugnissen

gelegt werden. Die Grundlage hierfür bilden die Erhöhung der Hektarerträge — vor allem bei Hackfrüchten, — die Vergrößerung der Viehbestände und die Erhöhung deren Produktivität.

Die Aufgaben in den einzelnen Zweigen und Bereichen der Wirtschaft unseres Bezirkes im Jahre 1958:

#### I.

##### Örtliche Industrie

Die Hauptaufgabe in der örtlichen Wirtschaft im Planjahr 1958 besteht in der weiteren Steigerung der Produktion, insbesondere von Verbrauchsgütern, in der Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse sowie in der Erweiterung der Sortimente für den Bedarf der Bevölkerung und für den Export.

Die industrielle Bruttoproduktion<sup>1)</sup> muß im Jahre 1958 auf mindestens 107,4 Prozent gegenüber dem Plan 1957 steigen, um den großen, ständig wachsenden Bedürfnissen unserer Volkswirtschaft und dem individuellen Bedarf der Bevölkerung gerecht zu werden.

Die Produktionssteigerung und die Erhöhung der Reparaturleistungen hat grundsätzlich durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität und ohne eine Erhöhung der Materialanteile aus dem Staatsfonds zu erfolgen. In höherem Maße als bisher ist die Produktion materialsparender Sortimente durchzuführen. Die vorhandenen örtlichen Materialreserven sind voll nutzbar zu machen.

In der volkseigenen örtlichen Industrie kommt es außerdem besonders auf die Hebung der Rentabilität der Betriebe durch die konsequente Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung, der Durchsetzung des Sparsamkeitsregimes, die maximale Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten und die bestmögliche Anwendung der modernen Technik, der günstigsten Technologie und Arbeitsorganisation an.

Die private Industrie hat im Jahre 1958 ihre Produktion auf etwa 105,8 Prozent gegenüber dem Plan 1957 zu steigern. Auch für sie besteht die besondere Aufgabe in der weiteren Verbesserung der Qualität und der Sortimente der Massenbedarfsgüterproduktion und

<sup>1)</sup> ohne Baustoffindustrie, ohne Prod. d. Kfz-Reparaturbetriebe und des Handwerks.

in der weit besseren Ausnutzung der örtlichen Materialreserven.

Das Handwerk unseres Bezirkes hat seine Produktion 1958 auf etwa 103,1 Prozent gegenüber dem Plan 1957 zu steigern. Hier kommt es besonders auf die Steigerung der Produktion für den unmittelbaren Bedarf der Bevölkerung und eine bedeutende Erhöhung der Reparatur- und Dienstleistungen an.

Entsprechend der Bedeutung des Außenhandels für die Volkswirtschaft in unserer Republik ist die Steigerung der Exportproduktion in allen Wirtschaftsformen von entscheidender Bedeutung.

#### 1. Volkseigene örtliche Industrie

Die volkseigene örtliche Industrie des Bezirkes hat ihre industrielle Bruttoproduktion 1958 auf mindestens 111,6 Prozent gegenüber dem Volkswirtschaftsplan 1957 zu steigern.

Die Erhöhung der Produktion ist prinzipiell mit gleichbleibender Beschäftigtenzahl zu erreichen. Der Anteil der Produktionsarbeiter an den Gesamtbeschäftigten ist zu erhöhen. Die Arbeitsproduktivität je Produktionsarbeiter ist maximal, jedoch mindestens auf 109,2 Prozent, zu steigern. Dazu ist erforderlich, daß ein energischer Kampf zur Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen in allen Betrieben geführt wird. Die Anzahl der übrigen Beschäftigten — besonders des Wirtschafts- und Verwaltungspersonals — ist weiter zu senken. Von besonderer Bedeutung ist dies für die Kreise Strausberg, Bernau und Stalinstadt. Ein Zuwachs im technischen Personal kann sich durch eine Erweiterung der produktiven Grundfonds und durch Rationalisierungsmaßnahmen erforderlich machen. Dabei muß jedoch der Nachweis über den ökonomischen Nutzeffekt des Einsatzes derart qualifizierter Kader erbracht werden und eine Einsparung bei den übrigen Beschäftigten erfolgen.

Die Neueinstellungen von Lehrlingen sind gegenüber dem Jahre 1957 nicht zu erhöhen. Der Anteil der Lehrlinge zur Ausbildung für die Lohngruppen III und IV ist weiter zu steigern.

Die Steigerung der Produktion ist im wesentlichen ohne eine Erhöhung der Zuweisungen an Material aus dem Staatsfonds zu erbringen. Deshalb muß die Produktion materialsparender Sortimente und die Produktion mit Austauschmaterialien besondere Beachtung finden. Weiter ist ein entschiedener Kampf um die Einführung und konsequente Anwendung technisch begründeter Materialvorrats- und Materialverbrauchsnormen zu führen. (Besonders trifft dieses für die Leicht- und Lebensmittelindustrie unseres Bezirkes zu.)

Von großer Bedeutung für die Steigerung der Rentabilität der volkseigenen örtlichen Industrie durch die Erhöhung der Akkumulation bzw. die Senkung der Verluste in den Betrieben ist die Senkung der Selbstkosten um mindestens 3,5 Prozent. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Senkung der Materialkosten zu legen. Eine exakte Umlaufmittelnormierung ist in allen Zweigen der VE örtlichen Industrie durchzuführen.

Bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten sind weiterhin besonders die Fragen der Spezialisierung der Betriebe, der optimalen Auslastung der Kapazitäten, der weiteren Mechanisierung und der Anwendung der bestmöglichen Technologie und Arbeitsorganisation zu beachten. Um die Minderung der Ausfallzeiten ist energischer als bisher zu ringen.

Es muß erreicht werden, daß 1958 auch alle Betriebe der Leicht- und Lebensmittelindustrie ohne staatliche Zuschüsse arbeiten.

Die Investitionen für die volkseigene örtliche Industrie sind im wesentlichen auf die Zweige Nahrung und Genuß und Leichtindustrie zu konzentrieren. Außerdem sind die Gießkapazitäten und die Kapazitäten zur Förderung von Rohbraunkohle zu erhöhen. Die Betriebe der örtlichen Industrie müssen mehr als bisher Investitionskredite in Anspruch nehmen, um

die Klein- und Einzelmechanik in allen volkseigenen örtlichen Betrieben schnellstens zum Abschluß zu bringen.

Der Nutzeffekt der Investitionen ist zu erhöhen. Der Erhaltung der Grundfonds ist mehr als bisher Aufmerksamkeit zu schenken.

Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft ist die weitere Erhöhung des Außenhandelsumsatzes. Hieraus ergibt sich für die volkseigene örtliche Industrie unseres Bezirkes die Notwendigkeit, den Export um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Plan 1957 zu erhöhen. Die Betriebe werden verpflichtet, den DIA-Fachanstalten weitere Exponate anzubieten und darüber hinaus Verbindungen zur Durchführung von Exporteigengeschäften aufzunehmen.

#### 1. Bergbau.

Die Produktion in dem Industriezweig Bergbau ist im Jahre 1958 auf etwa 106,5 Prozent gegenüber dem Plan 1957 zu erhöhen. Dies ist durch die Inbetriebnahme eines neuen Schachtes in der Grube Treplin sowie die erhöhte Förderung von Rohbraunkohle in der Grube Friedenschacht, Bad Freienwalde, zu erreichen.

Die Produktion von Naßpreßsteinen und Trockenpreßlingen ist unter Berücksichtigung der Absatzlage und bei gleichzeitiger Senkung der Produktionskosten zu erhöhen. Die Produktion ist absatzseitig rechtzeitig durch Verträge mit der DHZ bzw. den Verbrauchern zu sichern. Diese Brennstoffe sind im wesentlichen den Haushalten der Bevölkerung und den gewerblichen und handwerklichen Betrieben zuzuführen.

#### 2. Chemie.

In der chemischen Industrie kommt es in erster Linie auf die Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse an. In dem VEB Filmverwertung Fürstenwalde sind Maßnahmen einzuleiten, um die Filmwünsche so zu verbessern, daß die gewaschenen Filme zur eigenen Verarbeitung bzw. für den Export weiter verwendet werden können.

#### 3. Maschinenbau.

Die industrielle Bruttoproduktion im Industriezweig Maschinenbau ist auf 110,6 Prozent zu steigern. Die Produktion von Graugußerzeugnissen in der Maschinenfabrik und Eisengießerei Angermünde ist maximal zu erhöhen. Mit Hilfe staatlicher Investitionen ist die Gießfläche so zu erweitern, daß die Ofenkapazität optimal ausgenutzt werden kann. Die Ausschußquote bei der Produktion von Graugußerzeugnissen ist zu senken.

Im Stanz- und Emallierwerk Angermünde besteht die Hauptaufgabe in einer bedeutenden Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse. Der Betrieb muß erreichen, 1958 mindestens 15 Prozent seiner Erzeugnisse im Export zu binden.

Die Produktion von Transportausrüstungen und Stahlkonstruktionen wird sich in ihrer Höhe gegenüber dem Plan 1957 nicht verändern.

Im Beeskow-Werk ist die technische Konstruktion der Erzeugnisse mit dem Ziel der erhöhten Anwendung materialsparender Konstruktionen sowie Austauschmaterialien zu überprüfen. Von besonderer Bedeutung ist hier die Ausarbeitung und konsequente Anwendung technisch begründeter Materialvorrats- und Materialverbrauchsnormen.

Eine Erhöhung der Produktion von Landmaschinen gegenüber 1957 wird nicht vorgesehen. Hier gilt es, die Qualität der Erzeugnisse weiterhin zu verbessern. Im VEB Beeskow-Werk sollte die Produktion von Geräten für die Innenmechanisierung in der Landwirtschaft aufgenommen werden.

#### 4. Elektrotechnik.

Im Industriezweig Elektrotechnik ist die Produktion auf mindestens 107,7 Prozent zu steigern.

Im VEB (K) Ebnostansetzung Frankfurt (Oder) sind die Reparaturkapazitäten entsprechend des steigenden Bedarfes zu erweitern.

Um den erhöhten Anforderungen im Zuge des Aufbaues der Stadt Frankfurt (Oder) gerecht zu werden, ist der neu aufgebaute Industriezweig Heizungsinstallation weiter auszubauen.

#### 5. Holzindustrie.

Die Holzindustrie hat ihre Bruttoproduktion auf mindestens 103,1 Prozent gegenüber dem Volkswirtschaftsplan 1957 zu steigern.

Da keinesfalls mit einer erhöhten Bereitstellung von Holzkontingenten zu rechnen ist, ist die Steigerung im wesentlichen durch Verbesserung der Sortimente, Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse und eine bessere Materialwirtschaft zu sichern.

Die Festlegung der Perspektive der Sägewerke im einzelnen erfolgt in einer speziellen Abstimmung auf der Grundlage der von der Regierungskommission festgelegten Maßnahmen.

Entscheidend hierfür ist das Holzaufkommen der Forstwirtschaftsbetriebe. Es ist zu sichern, die Kapazitäten der technisch am besten ausgerüsteten und rohstoff- und absatzseitig am günstigsten gelegenen Sägewerke zu Lasten anderer Betriebe voll auszulasten.

Untersuchungen mit dem gleichen Ergebnis sind in der gesamten Holzindustrie durchzuführen.

Die Möbelfabrikation ist 1958 auf etwa 104,8 Prozent zu steigern. Dabei sind besonders moderne Anbaumöbel zu günstigen Preisen in die Produktion aufzunehmen. Außerdem ist zu sichern, daß leichte Möbel, die in ihrer Größe den Wohnungsgrößen entsprechen, hergestellt werden.

Durch staatliche Investitionen sollten die innerbetrieblichen Disproportionen in der Möbelfabrik Fürstentum beseitigt werden.

#### 6. Uebrige Leichtindustrie

In der übrigen Leichtindustrie — Leder, Zellstoff, Papier und Polygraphie — finden keine wesentlichen Produktionssteigerungen statt. Auch hier besteht die Hauptaufgabe in einer Verbesserung der Sortimente und der Qualität der Erzeugnisse.

Die Konfektionsbetriebe können ihre Produktion 1958 bis auf etwa 110 Prozent gegenüber dem Plan 1957 steigern. Der Erhöhung der Produktion von Kinderbekleidung ist besondere Bedeutung beizumessen. Die Möglichkeiten der Herstellung von Kinderschuh, besonders in den Engpaßgrößen, sind in der Schuhfabrik Frankfurt (Oder) zu überprüfen.

#### 7. Lebensmittelindustrie

Die Lebensmittelindustrie hat 1958 ihre Produktion auf 110 Prozent gegenüber dem Plan 1957 zu steigern.

Die Grundlage hierfür ist die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten und die genaue Abstimmung mit der Marktoproduktion der Landwirtschaft. Letzteres trifft besonders für Fleisch und Milch zu.

In der fleischverarbeitenden Industrie ist die volle Auslastung der Kapazitäten durch den rechtzeitigen Abschluß von Absatzverträgen zu sichern. Die Fleischwaren- und Wurstsortimente sind zu erweitern. Die Qualität der Erzeugnisse ist zu verbessern. In den Fleischkombinaten Neuenhagen und Stalinstadt ist die Produktion von Delikatessen in Kleinstabpackungen aufzunehmen. Entsprechend den Wünschen der Bevölkerung ist die Produktion von Räucherfleisch zu erhöhen.

Der Bau von Rinderställen im Schlachthof Angermünde sollte aus Investitionen zur Senkung der Verluste an Lebendvieh durchgeführt werden.

Die Molkereien haben das Marktaufkommen der Einzugsgebiete an Milch zur Mindestgrundlage des Planes 1958 zu machen. Der Anteil der Produktion von Markenbutter (70 Prozent) ist zu verdoppeln.

Die Produktion von Fettkäse ist in der Höhe des Planes 1957 durchzuführen. Die Produktion von Käseerzeugnissen ist so festzulegen, daß in den Sommermonaten

Käseerzeugnisse nach Möglichkeit gelagert werden kann, um 1958 während des ganzen Jahres eine kontinuierliche Produktion von Magerkäse zu gewährleisten.

In der Mühlenindustrie ist keine wesentliche Steigerung der Mehlerzeugung vorzunehmen. Die Kapazitäten der technisch-ökonomisch günstigsten Betriebe sind voll auszunutzen zu Lasten der übrigen Betriebe der Mühlenindustrie. Hierdurch wird der hohe wirtschaftliche Einsatz von Maschinen und Arbeitskräften erzielt und eine wesentliche Selbstkostensenkung erreicht.

Die Produktion ist durch den Abschluß von Absatzverträgen zu sichern.

In der Obst- und gemüseverarbeitenden Industrie ist durch den Abschluß von Direktverträgen — bei Gemüse mit 100 Prozent, bei Obst mit mindestens 30 Prozent und bei Kartoffeln mit mindestens 90 Prozent — eine volle Auslastung der Kapazitäten zu gewährleisten. Die Sortimente in Gurken und Delikatessgurken, sowie in tafelfertigem Gemüse und Feinfrostkonserven sind bedeutend zu erweitern. Es muß erreicht werden, daß 1958 in den Konservenfabriken nur einwandfreie Rohware zur Verarbeitung gelangt. Zur Sicherung der Steigerung der Produktion von Feinfrostkonserven ist die Erweiterung des Kühl- und Gefrierhauses Neubarnim aus staatlichen Investitionsmitteln fortzusetzen.

Die Bierproduktion ist um 2—3 Prozent gegenüber dem Plan 1957 zu erhöhen, wobei zur Verbesserung der Qualität der Rohfruchtanteile auf 22,5 Prozent zu senken ist.

Zur Erweiterung der Futtermittelbasis der Landwirtschaft und besonders zur Unterstützung der LPG ist im Stadtkreis Frankfurt (Oder) eine Produktionsstätte für Futtermittel auf der Grundlage vorhandener Kapazitäten einzurichten. Noch im Jahre 1958 hat dieser Betrieb etwa 10 000 t hochwertiger Futtermittel für die Landwirtschaft zu liefern. Rohstoffgrundlage sind in erster Linie Fischmehl und wertgemindertes Getreide.

#### Privatindustrie

Die industrielle Bruttoproduktion der Privatindustrie\*) des Bezirkes soll gegenüber dem Plan 1957 auf etwa 105,8 Prozent steigen.

Im Industriezweig allgemeiner Maschinenbau ist eine Erhöhung der Produktion um etwa 15 Prozent vorgesehen. Die Produktionsaufträge sind als Zulieferung für volkseigene Betriebe und als Produktionsausrüstung für Investitionsvorhaben abzuschließen. Die Produktionskapazitäten für Graugüßerzeugnisse im Betrieb Schütz & Bethge, Frankfurt (Oder), sind optimal auszulasten.

In der Möbelfabrikation ist die Produktion moderner, hochwertiger Möbel um etwa 5 bis 7 Prozent zu steigern. In der Möbelfabrikation und in der gesamten übrigen Leichtindustrie ist die Steigerung der Produktion auf der Grundlage der gleichen Höhe der Materialkontingente wie im Jahre 1957 zu erreichen. Es kommt darauf an, die Materialien besser auszunutzen und alle örtlichen Reserven nutzbar zu machen.

#### Handwerk

Es ist anzustreben, daß die Gesamtleistung des Handwerks im Bezirk auf wenigstens 103,1 Prozent 1958 gegenüber dem Plan 1957 steigt.

Während die P 1-Produktion und die Bauleistungen des Handwerks sich in gleicher Höhe wie im Jahre 1957 bewegen sollen, sind alle Anstrengungen zu unternehmen, die P 2-Produktion und die Reparatur- und Dienstleistungen bedeutend zu steigern.

Bei der P 1-Produktion kommt es besonders auf die Produktion hochwertiger Massenbedarfsgüter und auf Einzelanfertigungen für den persönlichen Bedarf der Bevölkerung an. Die Serienproduktion im Handwerk ist zu reduzieren, des weiteren die materialintensive Produktion.

Die Reparaturleistungen des Handwerks sind auf mindestens 112,5 Prozent zu steigern. Dabei sind besonders die des Bauhaupt- und Baunebengewerbes zu erhöhen.

\*) einschl. der Betriebe mit staatl. Beteiligung.

Dem Handwerk fällt die besondere Aufgabe zu, Produktionsabfälle und andere örtliche Materialreserven in größtmöglichem Umfange auszunutzen.

Besondere Förderung und Unterstützung müssen die Produktionsgenossenschaften des Handwerks als der fortschrittlichste Teil desselben erfahren. Deshalb ist bei der Verteilung der Produktionsaufgaben und Materialkontingente dieser Teil des Handwerks besonders zu unterstützen.

#### Volkseigene Örtliche Industrie Orientierungszahlen z. VWPL 1958

##### Steigerung zum Volkswirtschaftsplan 1957

	Brutto- produktion %	Produktiv. je Prod.- Arb. %	Selbst- kosten- senk. %
<b>Bezirk insgesamt</b>	<b>111,6</b>	<b>109,2</b>	<b>3,5</b>
davon:			
Angermünde	108,5	107,8	4,3
Beeskow	106,7	106,7	4,0
Bernau	105,8	105,8	4,2
Eberswalde	111,0	109,8	4,5
Frankfurt (Oder)	121,5	110,2	2,0
Freienwalde	115,4	109,9	2,8
Fürstenberg	105,0	107,3	2,2
Fürstenwalde	110,7	109,3	2,7
Seelow	108,0	105,9	3,6
Strausberg	106,7	110,5	3,8
Stalinstadt	116,5	111,0	4,5

#### Hinweise zur Materialplanung 1958

Der Materialanteil aus dem Staatsfonds wird sich 1958 in der ungefähr gleichen Höhe bewegen wie 1957. Er darf im Planvorschlag 1958 nicht wesentlich überschritten werden.

Der Bedarf an Rohstoffen und Materialien als Grund- und Hilfsmaterial sowie der Bedarf für die Erhaltung und Erweiterung von Grundmitteln ist nach der Bedarfplannomenklatur zu planen.

Die Planung des Bedarfs hat nach den Grundsätzen der strengsten Sparsamkeit unter Beachtung der ökonomisch zweckmäßigsten Verwendung des Materials zu erfolgen. Darüber hinaus sind alle Möglichkeiten der Ausnutzung innerer und örtlicher Materialreserven auszuschöpfen. Jeder Bedarf an Rohstoffen, Materialien und Ausrüstungen muß ökonomisch und technisch, insbesondere durch Materialverbrauchsnormen, technisch-wirtschaftlichen Kennziffern des Materialverbrauchs sowie durch technisch-ökonomisch begründete Vorratsnormen und durch Objektlisten für Ausrüstungen, begründet sein. Bei ungenügender Begründung des Bedarfs werden Anforderungen aus dem Staatsfonds nicht berücksichtigt.

Die Materialplanung ist in unmittelbarer Koordinierung mit den anderen Plantellen — insbesondere mit den Plänen der Produktion, Investitionen und Finanzen — durchzuführen.

Die Materialpläne sind in Form von Materialversorgungsbalancen aufzustellen. Durch genaue Untersuchungen der noch zu erwartenden Zulieferungen und des voraussichtlichen Verbrauches der letzten Quartale sind die voraussichtlichen Anfangsbestände gewissenhaft einzuschätzen. Die Form der Materialpläne ist aus der Arbeitsnomenklatur zu entnehmen.

## II.

#### Baustoffindustrie

Die weitere Erhöhung der Bautätigkeit in der DDR, in den Bezirken und Kreisen hängt in erster Linie von der Steigerung der Baustoffproduktion ab.

Im Mittelpunkt der gesamten Erarbeitung des Planes muß die umfassende Entwicklung und Steigerung der Baustoffproduktion stehen. Die Beschlüsse der 30. Tagung des ZK der SED sowie die des 4. Plenums der Bezirksleitung der SED sind als Grundlage der gesamten Arbeit auf diesem Gebiet zu machen und konsequent zu verwirklichen.

Im Bezirk Frankfurt (Oder) konnte es im Jahre 1958 darauf an, alle Möglichkeiten zur weitgehenden Steigerung der Produktion, besonders von Mauersteinen, Splitt, Kacheln und Kies, voll auszunutzen. Im Jahre 1958 sind Voraussetzungen für eine erhöhte Produktion von Leichtzuschlagstoffen zu schaffen.

Gegenüber dem Plan 1957 ist die Ziegelproduktion im Bezirk insgesamt auf 114,4 Prozent zu erhöhen, was einem Produktionszuwachs von 15,8 Mio. NF Mauersteinen entspricht.

Die volkseigene Ziegelindustrie hat davon einen Zuwachs von 14,2 Mio. NF Mauersteinen zu erbringen, was einer Steigerung der Produktion auf 113,3 Prozent entspricht.

Der Zuwachs der privaten Ziegelindustrie hat mindestens 1,6 Mio. NF Mauersteine oder eine Steigerung auf 155 Prozent zu erreichen.

Der Rat des Kreises Strausberg hat in Verbindung mit der Industrie- und Handelskammer noch im Jahre 1957 alle Voraussetzungen für eine maximale Erhöhung der Ziegelproduktion bei der Fa. Albrecht in Lichtenow zu schaffen. Die artfremde Produktion ist dort zugunsten der Ziegelproduktion einzustellen.

Die Steigerung der Ziegelproduktion hat in den volkseigenen Ziegelwerken durch weitgehende Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten zu erfolgen. Die für die Baustoffproduktion zur Verfügung stehenden Investitionen sind zweckmäßig und sparsam zu verwenden. Die Möglichkeit, durch Aufnahme von Investitionskrediten besonders die Kleinmechanisierung zu fördern, ist in stärkerem Maße als bisher auszunutzen.

Der technologische Prozeß sowie die Arbeitsorganisation sind zu überprüfen und wesentlich zu vervollkommen. Die technisch-wirtschaftlichen Kennziffern sind in jedem Betrieb zu verbessern. Die Methode der Betriebsvergleiche ist weiter auszudehnen. Zur maximalen Ausnutzung der vorhandenen Ofenkapazitäten ist besonders die Duwanow-Methode in stärkerem Maße praktisch anzuwenden. Die Möglichkeiten zur Durchsetzung des 2-Schichtsystems an bestimmten technologischen Engpässen sind eingehend zu überprüfen und bei entsprechenden Voraussetzungen auch anzuwenden. Die Qualität der Ziegelerzeugnisse ist wesentlich zu verbessern, die Bruchverluste sind um mindestens 50 Prozent gegenüber 1957 zu senken.

Im Kalksandsteinwerk Angermünde sind Voraussetzungen für eine beträchtliche Erhöhung der Produktion von Kalksandsteinen zu schaffen.

Ausgehend von den Bedürfnissen der Bauindustrie sind die Sortimente der Ziegelproduktion zu überprüfen und festzulegen. Der Anteil der großformatigen Steine an der Gesamtproduktion von Ziegeln ist dabei auf mindestens 28 Prozent zu erhöhen.

Eine grundlegende Aufgabe besteht für alle Ziegelwerke darin, im Jahre 1957 alle Anstrengungen zu unternehmen, um einen ausreichenden Rohlingsvorlauf für 1958 zu erarbeiten. Dabei ist ebenfalls die Kartazeff-Methode zu beachten.

Der sozialistische Wettbewerb soll bereits mit Jahresbeginn erfolgen. Er soll sich zunächst auf die grundlegende und rechtzeitige Durchführung des Reparaturplanes konzentrieren, um besonders bei den Saisonbetrieben einen frühzeitigen Produktionsbeginn zu gewährleisten. Es sind weiterhin alle Anstrengungen zur maximalen Steigerung der Produktion von Splitt zu unternehmen. Dabei wird der Rat des Kreises Eberswalde auf die Entwicklung und Steigerung der Splitt-Produktion im Schotterwerk Althüttendorf besonders hingewiesen. Die Räte der Kreise werden aufgefordert, alle Möglichkeiten zur Gewinnung von Splitt aus örtlichen Vorkommen voll auszunutzen. Auf die Sammlung und Verwendung von geeigneten Feldsteinen ist dabei besonderer Wert zu legen.

Die Räte der Kreise Fürstenwalde und Strausberg werden verpflichtet, alle Voraussetzungen für eine weitere Steigerung der Produktion von Kacheln zu treffen, wobei gleichzeitig auch die Qualität der Erzeugnisse wesentlich zu verbessern ist.

Auf Grund der angespannten Lage auf dem Gebiet von

Zement und Stahl kann eine Steigerung der Produktion von Betonserzeugnissen im VE Sektor gegenüber dem Plan 1957 auf höchstens 130 Prozent erfolgen. Die Betonproduktion im privatkapitalistischen Sektor ist gegenüber dem Stand 1957 nicht weiter zu erhöhen.

In der VE Betonproduktion besteht 1958 die Aufgabe darin, die vorhandenen Kapazitäten voll auszunutzen, neue Kapazitäten sind jedoch nicht zu errichten.

Die Versorgungsbereiche der vorhandenen Betonwerke sind besser als bisher festzulegen. Das Produktionsortiment muß mit den Bedürfnissen der Bauindustrie gründlicher abgestimmt werden. Die Qualität der Betonserzeugnisse ist bedeutend zu erhöhen. Die technologischen Verfahren sind zu überprüfen und zu verbessern. Insbesondere kommt es darauf an, richtige Mischungsverhältnisse bei den einzelnen Betonarten festzulegen und deren strikte Einhaltung zu kontrollieren.

In der Betonproduktion ist der Kampf um die weitere Einsparung von Stahl, Zement, Kohle und Energie zu führen.

Die Erfüllung der großen Aufgaben in der Baustoffindustrie, besonders aber in der Ziegelindustrie, ist neben anderen Faktoren, auch von der Arbeitskräfte-lage abhängig.

Neben der zunächst weiteren Inanspruchnahme der Solidaritätsbewegung für die Planerfüllung, muß die Orientierung aber darin bestehen, daß die Betriebe in absehbarer Zeit ihre staatlichen Planaufgaben in vollem Umfang mit eigenen Arbeitskräften bewältigen. Die Hilfe der Bevölkerung im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes für die Baustoffindustrie, sollte sich dann vorwiegend auf eine zusätzliche Produktion von Baustoffen konzentrieren, die im betreffenden Kreis verbleibt.

Der Zuwachs der Baustoffproduktion gegenüber 1957 ist sowohl durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität als auch in bestimmtem Umfang durch eine Erweiterung der Arbeitskräfteanzahl zu erreichen.

Der planmäßige Aufbau und Ausbau der Stammbetriebschaften ist zu beschleunigen. Die Qualifikation der Beschäftigten ist zu erhöhen. Die beeinflussbaren Ausfallzeiten sind wesentlich zu senken. Bei der Werbung neuer Arbeitskräfte sollten besonders die Jugendlichen berücksichtigt werden, die sich in den jetzigen Solidaritätsmaßnahmen hervorgetan haben. Die weitere Qualifikation der neuen Arbeitskräfte muß gewährleistet sein, damit sie auch eine interessante Entwicklungsmöglichkeit vor Augen haben.

Der Schwerpunkt der Investitionen 1958 in der Baustoffindustrie liegt eindeutig in der Entwicklung der Ziegelindustrie.

Die Arbeiten beim Aufbau des Alaunwerkes sind so zu beschleunigen, daß der Produktionsausstoß in diesem Werk bereits ab 1. Halbjahr 1958 erfolgen kann.

Auf der Grundlage von Perspektivplänen sind, beginnend ab 1958, die bestehenden Ziegelwerke unseres Bezirks zu rekonstruieren. Die bestehenden Disproportionen, besonders in bezug auf Ofen und Trocknungs-möglichkeiten, sind zu beseitigen, und die Betriebe Hennickendorf und Kossenblatt zu Jahresdurchlaufbetrieben zu gestalten. Im Ziegelkombinat Freienwalde sind die begonnenen Arbeiten fortzusetzen.

Die Erarbeitung und schrittweise Realisierung von Perspektivplänen für die Entwicklung der Ziegelindustrie ist eine grundlegende Aufgabe.

Im Ziegelkombinat Freienwalde ist zielstrebig die Beseitigung der Disproportionen zwischen Ofen und Trocknung weiterzuführen. In den Werkteilen I—III muß die Aufnahme der Produktion von großformatigen Ziegelsteinen erfolgen.

Die im Ziegelkombinat Hennickendorf zu errichtende Kanaltrocknung soll bereits im 2. Halbjahr 1958 in Betrieb genommen werden.

Dem Ofenkachelwerk Herzfelde ist bei der Umstellung seiner Produktionsanlagen wirksame Hilfe zu gewähren.

#### Höhe der Produktion von Mau- von Mio. Stck. NF I. VEB

	Planvorstellg. 1958	Steigerung in % zum Plan 1957
Kreis Angermünde	10,0	125,0
Kreis Boeskow	6,7	113,6
Kreis Eberswalde	8,6	106,2
Kreis Freienwalde	60,0	117,9
Kreis Strausberg	30,0	105,3
Stadtkreis Frankfurt (Oder)	4,0	108,1
Stadtkreis Stalinstadt	1,8	100,0
I. Bezirk VEB insgesamt	131,1	113,3
II. Bezirk privat. insges.	4,5	155,2
III. Bezirk insgesamt	125,6	114,4

#### III.

#### Bauindustrie

Die Bauleistungen aller Eigentums- und Wirtschaftsformen sind gegenüber dem Plan 1957 auf etwa 103,5 % zu erhöhen. Dabei soll die Steigerung der VE-Bauindustrie auf 106 % erfolgen.

Die Leistungen der Produktionsgenossenschaften des Bauhandwerks und der privaten Baubetriebe mit staatlicher Beteiligung sind wesentlich zu steigern.

Unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Zielsetzung in unserem Bezirk ist im Jahre 1958 gegenüber 1957 mit einem weiteren Anwachsen der Zahl von Groß-Objekten nicht zu rechnen. Vielmehr ist eine strukturelle Aenderung des Bauvolumens in Richtung auf einen größeren Anfall von mittleren und kleineren Baumaßnahmen zu erwarten. Auf alle Fälle ist das komplette Bauen zu sichern. Eine wesentliche Erhöhung des Bauvolumens wird besonders bei Lizenz- und Reparaturmaßnahmen eintreten.

Im Jahre 1958 ist die allseitige Stärkung der sozialistischen Baubetriebe konsequent weiterzuführen. Dabei kommt es besonders darauf an, die Leistungsfähigkeit der Kreisbaubetriebe sowie der VE-Ausbaubetriebe erheblich zu steigern.

Noch im Jahre 1957 sind Voraussetzungen für eine beträchtliche Kapazitätssteigerung des Kreisbaubetriebes Seelow zu schaffen.

Die Arbeit der LPG-Baubrigaden ist auf der Grundlage der zentralen Beschlüsse durchzuführen. Die bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet sind gründlich auszuwerten und für die Verbesserung der Arbeit der LPG-Baubrigaden zu verallgemeinern. Zur weiteren Senkung der Baukosten bei ländlichen Baumaßnahmen sind in den VEG entsprechend den Erfordernissen ebenfalls Baubrigaden zu bilden. Die VE-Baubetriebe haben in ihrem Bereich den LPG- und VEG-Baubrigaden eine wirksame praktische Unterstützung zu geben.

Bei der Erfüllung des großen Reparaturprogrammes spielt das Bauhandwerk die entscheidende Rolle. Es muß erreicht werden, daß das Bauhandwerk ausschließlich Reparaturarbeiten ausführt.

Die weitere Bildung von Produktionsgenossenschaften des Bauhandwerks muß mit aller Entschlossenheit durchgeführt werden. Die Unterschätzung dieser wichtigen Aufgabe muß endgültig beseitigt werden.

Die VE-Bauindustrie hat im Jahre 1958 die gegenüber dem Plan 1957 erhöhten Bauleistungen ausschließlich über die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Dabei hat die Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber der tatsächlichen Erfüllung mindestens 100 Prozent zu betragen. Die Aufgaben sind also mit derselben Anzahl von Produktionsarbeitern wie 1957 zu lösen. Bei den übrigen Beschäftigten insgesamt ist keine Erhöhung gegenüber 1957 zuzulassen. Durch Verbesserungen der Arbeit in den Verwaltungen ist dieser Apparat weiter einzuschränken.

Für die Ausschöpfung der örtlichen und betrieblichen Reserven zur Erfüllung der Bauleistungen und Steigerung der Arbeitsproduktivität in der VE-Bauindustrie sind folgende Faktoren besonders zu berücksichtigen:

Festigung und Erweiterung der Stammbetriebschaften; richtige Zusammensetzung der Brigaden;

planmäßige Erhöhung der Qualifikation der Beschäftigten;  
radikale praktische Senkung der beeinflussbaren Ausfallzeiten;  
die Arbeit auf dem Gebiet der TAN ist grundlegend zu verbessern;  
Durchführung des sozialistischen Wettbewerbs vom ersten Arbeitstag des neuen Planjahres an;  
gründliche Vorbereitung der durchzuführenden Baumaßnahmen;  
rechtzeitige Vorbereitung und Durchführung des Winterbaus;  
Sicherung eines kontinuierlichen Bauablaufs im I./38. selbst bei Annahme der ungünstigen Witterungsbedingungen;  
Verbesserung der Objektverteilung und -beauflegung;  
Orientierung auf weitgehende Konzentrierung beim Bauen, unter Beachtung der jeweiligen Struktur des durchzuführenden Bauvolumens;  
richtiger Einsatz und Ausnutzung der vorhandenen Baumaschinen;  
bei entsprechenden Voraussetzungen ist in den Sommermonaten zweischichtig zu arbeiten;  
Anwendung einer fortgeschrittenen Technologie, einschl. der Neuerungsverfahren;  
Durchsetzung einer rationellen Arbeitsorganisation;  
zweckmäßiger und sparsamer Einsatz von Baumaterialien jeder Art, besonders aber bei Stahl, Zement und Mauersteinen. Dabei ist die Anwendung von MVN und persönlichen Konten weitgehend durchzusetzen.

Im Bezirksmaßstab entfallen von der gesamten Investitionssumme für die Bauindustrie etwa zwei Drittel auf Amortisationen der Baubetriebe und etwa ein Drittel auf staatliche Mittel. Von den staatlichen Mitteln für Neuinvestitionen ist dabei der überwiegende Teil in den Kreisbaubetrieben zu verwenden.

Jeder Investition in der Bauindustrie hat in jedem Falle eine gründliche Einschätzung des Bestandes, der Zusammensetzung, der Leistungsfähigkeit, der Zweckmäßigkeit, der Ausnutzung der vorhandenen Baumaschinen und sonstigen Ausrüstungen der Baubetriebe voranzugehen. Der Nutzeffekt der Investitionen ist gründlicher als bisher einzuschätzen.

In Vorbereitung des Planes 1958 ergeben sich unter Berücksichtigung der bisherigen Ergebnisse der Planerfüllung 1957 für die Räte der Kreise, mit Unterstützung der Abt. Aufbau beim Rat des Bezirkes, einige spezielle Aufgaben.

Die ständige und kurzfristige Auswertung der tatsächlichen Erfüllung in den einzelnen Monaten 1957 ist gründlicher und umfassender als bisher zu organisieren. Entscheidend ist vor allem, daß auch die erforderlichen Veränderungen unmittelbar erfolgen.

Die Ursachen der starken Fluktuation und des Abwanderns von Produktionsarbeitern aus der VE-Bauindustrie ist zu untersuchen und einzudämmen. Dies trifft besonders für die Kreise Bernau, Strausberg und Fürstenwalde zu.

Die Abt. Aufbau beim Rat des Bezirkes wird gemeinsam mit den zuständigen Räten der Kreise verpflichtet, die untragbaren Zustände in den Kreisbaubetrieben Bernau und Strausberg zu beseitigen und noch im Jahre 1957 zu einer Stabilisierung dieser Betriebe zu gelangen.

Außerdem ist eine gründliche Überprüfung der Arbeit des Straßen- und Tiefbaubetriebes Althüttendorf vorzunehmen.

Die bisherigen Ergebnisse und Erfahrungen der Objektverteilung und -beauflegung durch die Räte der Kreise, Abteilungen Aufbau, sind auszuwerten. Eine wesentliche Verbesserung der Arbeit auf diesem Gebiet ist für 1958 unbedingt erforderlich. Dasselbe trifft ebenfalls auf die Verteilung und Anwendung des Baumaterials zu.

Die bessere Arbeit der VE-Baustoff- und Baubetriebe bei der Planung und Erfüllung der staatlichen Aufgaben muß auch ihren Niederschlag in der Finanz-

planung finden, besonders in der weiteren Senkung der Selbstkosten und in der Erhöhung der Akkumulation der Betriebe.

Es ist darauf zu achten, daß die im Jahre 1956/57 wirksam gewordenen Investitionen bei der Festlegung der Akkumulation berücksichtigt werden.

Noch im Jahre 1957 sind Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß, beginnend ab 1958, die Verlustplanung, besonders bei den Betonwerken und dem Schotterwerk Althüttendorf, systematisch eingeschränkt und in der Perspektive vollständig beseitigt wird.

In der VE-Bauindustrie sind die Kostensätze weiter zu senken. Die guten Ergebnisse des Kreisbaubetriebes Beeskow sind auf diesem Gebiet zu verallgemeinern.

Im Jahre 1957 sind die Voraussetzungen zu schaffen, daß ab 1958 in der Baustoff- und Bauindustrie in breitem Maße die Umlaufmittelnormierung eingeführt und durchgesetzt wird. Die Ueberplanbestände sind zu beseitigen und Maßnahmen zur richtigen Festlegung der Vorratsnormierung durchzuführen.

#### Orientierungswahl für die Höhe der Bauleistungen 1958

	Steigerung z. Plan 1957 %
Angermünde	107,0
Beeskow	106,0
Bernau	96,6*
Eberswalde	108,0
Freienwalde	107,0
Fürstenberg	105,0
Fürstenwalde	106,0
Seelow	115,0
Strausberg	105,0
Frankfurt (Oder)	107,0
Stalinstadt	103,0
Bau-Union	103,0
Ausbau-Nord	106,0
Ausbau-Süd	110,0
VE-Bezirk insgesamt	106,0
Zusammenfassung	
1. VE Bezirk insgesamt	106,0
2. priv. Bauind. und Staatl. B.	100,0
dar. staatl. Beteiligung	120,0
3. Bauhandwerk u. Prod.-Gen.	102,0
dar. Prod.-Genossenschaft.	120,0
I. Bezirk ohne LPG-Baubrig.	103,5

#### IV.

##### Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

##### 1. Landwirtschaft

Die Hauptaufgabe im Jahre 1958 für die Landwirtschaft besteht in der weiteren Steigerung der Marktproduktion und der Erweiterung und Festigung der sozialistischen Landwirtschaft.

Dies ist insbesondere durch eine Erhöhung der Erträge und der pflanzlichen Produktion, vor allem bei Kartoffeln, Zuckerrüben und Gemüse, aber auch Getreide, durch die Erhöhung des Viehbestandes und der Produktivität der Viehbestände zu erreichen. Ganz besonders gilt dies für die sozialistischen Betriebe der Landwirtschaft. Es muß 1958 erreicht werden, daß alle sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe mindestens den Bezirksdurchschnitt der Marktproduktion je Flächeneinheit erzielen.

Die Bruttoproduktion bei pflanzlichen Erzeugnissen ist 1958 bedeutend zu steigern. Diese Steigerung ist die wichtigste Grundlage zur schnellen Entwicklung der Viehbestände in der Landwirtschaft und zur Erhöhung ihrer Produktivität. Dadurch ist im Jahre 1958 in erster Linie die Marktproduktion in tierischen Erzeugnissen zu steigern.

Die Marktproduktion ist gegenüber dem Plan 1957 bei Getreide auf 108 Prozent, bei Kartoffeln auf 102 Prozent und Zuckerrüben auf 104 Prozent zu erhöhen. Um dem steigenden Bedarf der Bevölkerung an Frühgemüse

\* 117,1 gegenüber dem von der Abt. Aufbau vorgeschriebenen reduzierten Plan.



gerecht zu werden, ist dessen Anteil an der gesamten Gemüseproduktion wesentlich zu erhöhen. Das gilt besonders für die sozialistischen Betriebe der Landwirtschaft.

Entscheidend für die weitere Steigerung der ha-Erträge im Jahre 1958 sind die Einführung fester Fruchtfolgen, die Erzeugung und Anwendung von hochwertigem Saat- und Pflanzgut und die Verbesserung der Pflege der Kulturen, insbesondere der Hackfrüchte. Entsprechend der natürlichen Gegebenheiten ist die Spezialisierung der LPG durchzusetzen.

Zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit ist es notwendig, die Meliorationsarbeiten zügiger und in größerem Umfang als bisher durchzuführen. Das zu erreichen, ist durch staatliche Organe, der MTS in Verbindung mit der VdgB, die Bildung von Meliorationsgenossenschaften zielstrebig zu fördern, besonders in den Kreisen Freienwalde, Eberswalde, Seelow und Angermünde.

Den Vorhaben der Binnenbe- und -entwässerung ist besonderes Augenmerk zu schenken. Dieses ist besonders von den Kreisen Angermünde, Barnau, Eberswalde, Fürstenwalde, Seelow und Strausberg zu beachten. Es ist zu sichern, daß die Mittel zur Finanzierung dieser Maßnahmen aus dem Haushalt 1958 bereitgestellt werden.

Seitens der Landwirtschaft ist zu sichern, daß die Lieferung von Dränagerohren rechtzeitig mit den Baustoffbetrieben gebunden wird, damit die Produktion rechtzeitig aufgenommen werden kann.

Die MTS haben zu gewährleisten, daß die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche ordnungsgemäß bewirtschaftet wird. Darüber hinaus ist die Umwandlung weiterer Ödlandereien in Ackerland zu erreichen. Entscheidend für die Erhöhung der Viehbestände und der Marktproduktion an tierischen Erzeugnissen ist die Verbesserung der Futterbasis und die Durchsetzung einer gesunden Futterwirtschaft. Um das zu erreichen, sind die ertragreichsten Futterpflanzen im „Grünen Fließband“ anzubauen. Ganz besondere Bedeutung kommt hierbei der Erweiterung des Maisanbaues, vor allem von Südmais, zu. Die Anbaufläche im Bezirk soll sich auf 17 000 ha im Jahre 1958 erhöhen. Der Zwischenfruchtanbau ist stärker als bisher durchzuführen. Um eine ständige, ausreichende Futterversorgung zu gewährleisten, ist im Jahre 1958 eine bessere Vorratswirtschaft zu sichern. Besonders wichtig hierfür ist die Erweiterung der Herstellung von Silage und Rauhfutter, sowie deren Bevorratung. Durch richtige Fütterung sind die Leistungen der Viehbestände zu erhöhen. Die Milchleistung je Kuh ist im Jahre 1958 gegenüber 1957 um 130 kg, bei LPG um 130 kg zu steigern. Die Kreise Eberswalde, Fürstenwalde und Beeskow haben die Aufgabe, die Milchleistung je Kuh um 130 kg gegenüber 1957 zu erhöhen, um an die Leistungen in den übrigen Kreisen heranzukommen.

Die Marktproduktion an Milch muß gegenüber 1957 auf 107 Prozent anwachsen.

Durch Erweiterung der technischen Besamung ist die Leistungsfähigkeit der Kuhbestände laufend zu verbessern. Gleichzeitig sind die Rinderbestände, vor allem in den LPG und VEG, weiter zu erhöhen. Die natürlichen Bedingungen für die Erhöhung der Schlachtviehproduktion sind durch Jung- und Altrindermast (Bullen) maximal zu nutzen.

Die Schweinebestände sind auf 120 Stück je 100 ha LNF zu erhöhen. Durch Senkung der Ferkelverluste (unter 18 Prozent), der Aufzuchtverluste, einer besseren rationellen Fütterung ist eine Aufzucht- und Mastdauer von 9 Monaten zu erreichen. Die größten Aufgaben haben hierbei die LPG. Besonders in den sozialistischen Betrieben sind die für den eigenen Bedarf benötigten Ferkel selbst zu produzieren.

Durch Bildung von Gemeinschaftsherden und Herdenhaltung in den LPG sind die Schafbestände um 10 000 Stück zu vergrößern. Die Marktproduktion an Elern ist zu steigern. Die Produktion von Geflügelfleisch ist zu erhöhen. Schwerpunkte hierbei sind die Kreise Seelow und Freienwalde. Das erfordert eine Erhöhung der Bestände an Legehennen und an Zucht-

tieren, vor allem in den LPG VEG (bei Gänsen um 1800 und Enten 1000 Beständen gegenüber 1958).

Die Produktion an Speisefischen muß weiter erhöht werden. Besonders im Kreis Beeskow, der die meisten Wasserflächen besitzt. Der Bedarf an Satzfaschen ist aus der eigenen Produktion zu decken.

Damit in den sozialistischen Betrieben der Landwirtschaft der Anbau arbeitsintensiver Kulturen erweitert und der Viehbesatz erhöht werden kann, ist es notwendig, den Arbeitskräftebesatz dieser Betriebe zu erhöhen. Das gilt besonders für die Kreise Angermünde und Strausberg. Zur Ueberbrückung der Arbeitslücken sind vorrangig ortsansässige Arbeitskräfte zu werben und einzusetzen. Die Betriebs- und Arbeitsorganisation der sozialistischen Betriebe ist so zu gestalten, daß die natürlichen Bedingungen, Maschinen und Arbeitskräfte, voll ausgenutzt werden und damit die Arbeitsproduktivität entscheidend gesteigert wird. Diese Maßnahmen werden gleichzeitig dazu beitragen, die unbedingt notwendige Steigerung der Rentabilität der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe herzustellen bzw. zu erhöhen.

Die LPG sind im Jahre 1958 weiter zu festigen.

Durch eine systematische Aufklärung und Ueberzeugung sind im Jahre 1958 gute, erfahrene werktätige Einzelbauern, besonders Mittelbauern, für den Eintritt in die LPG zu gewinnen, damit sie durch ihre Erfahrungen und Kenntnisse mithelfen, die Arbeitsorganisation und Disziplin zu verbessern.

Für jedes Dorf ist im Bezirk Frankfurt (Oder) ein fest umrissenes Programm zur sozialistischen Entwicklung auszuarbeiten. Die wichtigsten Maßnahmen zur weiteren Festigung der LPG sind Einführung einer richtigen Betriebs- und Arbeitsorganisation sowie die Durchsetzung des Leistungsprinzips. Hierbei muß ihnen durch die örtlichen Organe und die MTS eine bessere Unterstützung zuteil werden. Durch die Anwendung der Schönebecker Methode sind 1958 in allen LPG die Kosten pro Doppelzentner der Hauptschläge jeder Kulturart genau zu ermitteln. Der größte Teil der Einnahmen wird durch die Produktion tierischer Produkte erzielt. Deshalb ist es notwendig, die Viehbestände und deren Produktivität schneller als bisher zu erhöhen und damit die Marktproduktion tierischer Produkte zu steigern. Es sind mehr Fachleute, die den LPG die größtmögliche Unterstützung bei Erfüllung dieser Aufgaben geben können, als Mitglieder für die LPG zu gewinnen. Die Arbeitsdisziplin und -moral muß verbessert werden. Es sind mehr Lehrlinge auszubilden.

Das zur Verfügung gestellte Baumaterial ist vorrangig für den Um- und Ausbau vorhandener Bauten und zur Errichtung von Behelfsställen zu verwenden. Die Räte der Kreise haben die entsprechenden LPG schwerpunktmäßig auszuwählen.

Zur Innenmechanisierung, für Viehzukäufe und Meliorationen stehen den LPG an langfristigen Krediten 15 Mio. DM zur Verfügung.

Bei der Anschaffung von Maschinen sind die Mittel so einzusetzen, daß eine Arbeitskräfteeinsparung ermöglicht wird. Der Vorschlag für Kredite für den Viehzukauf der individuellen Hauswirtschaften ist auf der Grundlage des Bedarfs zu ermitteln, die Unterbringung muß jedoch gesichert sein.

Die Hauptaufgabe der VEG besteht darin, die Marktproduktion je Flächeneinheit, vor allem bei tierischen Produkten, und die Hektarerträge, besonders bei Hackfrüchten, stärker zu erhöhen, als in den sonstigen landwirtschaftlichen Betrieben.

Entscheidend hierfür ist die wesentliche Verbesserung der Betriebs- und Arbeitsorganisation und die Festigung der sozialistischen Arbeitsmoral. Dadurch muß erreicht werden, daß die Viehbestände schneller als bisher wachsen und die Pflege der Kulturen, besonders der Hackfrüchte, verbessert wird. Die Kontingente an Futter- und Düngemitteln werden sich gegenüber 1957 nicht erhöhen. Das bedeutet, daß die eigene Futtergrundlage der Betriebe weitgehend verbessert wird.



Die innerbetriebliche Mechanisierung ist stärker durchzuführen. Durch umfassende betriebswirtschaftliche Analysen und Betriebsvergleiche sind Fehler in der Betriebs- und Arbeitsorganisation festzustellen und zu beseitigen. Dabei ist besonders darauf zu achten, daß die vorhandenen Kapazitäten und der Arbeitstag voll ausgenutzt werden. Durch Flächenaustausch zwischen VEG und LPG sind größere Flächen zu schaffen, die eine bessere Auslastung der Maschinen ermöglichen.

Bei Übernahme von Flächen der ÖLB durch die VEG muß durch entsprechende Arbeitskräfteumlenkung, Maschinenumsetzung und ähnliche Maßnahmen gewährleistet werden, daß eine höchstmögliche Steigerung der Produktivität dieser Flächen garantiert wird.

Die Steigerung der Produktion der volkseigenen Güter ist im wesentlichen durch die Steigerung der Produktivität zu erreichen. Die wichtigste Voraussetzung hierfür ist die richtige Ausnutzung von Maschinen und Geräten. Darüber hinaus ist besonders in arbeitskräfteschwachen VEG der Besatz an Arbeitskräften zu erhöhen. Die grundsätzliche Durchsetzung des Leistungsprinzips ist 1958 in allen VEG ganzjährig zu gewährleisten. Die Anzahl der übrigen Beschäftigten ist 1958 zugunsten der Anzahl der Produktionsarbeiter wesentlich zu verringern. Es ist anzustreben, die Anzahl der Neueinstellungen von Lehrlingen 1958 gegenüber 1957 zu erhöhen, die Lehrausbildung weiter zu verbessern.

Die Investitionen sind vor allem für den Bau von Rinderställen zu verwenden, um durch die Erhöhung der Rinderbestände die Voraussetzung der Erhöhung sämtlicher Viehbestände zu schaffen (Milch).

Es sind folgende Stallkapazitäten zu schaffen:

	Rinderställe	Plätze	760
	dar. Kuhställe	Plätze	360
Davon in den Kreisen:			
	Rinderplätze	Kuhplätze	
Angermünde	210	90	
Beeskow	170	90	
Fürstenwalde	90	90	
Seelow	140	—	
Strausberg	150	90	
	760	360	

Bei der weiteren Mechanisierung ist besonders die Innenmechanisierung voranzutreiben, um die Arbeitsproduktivität weiter zu erhöhen.

Die für den Wohnungsbau vorgesehenen Investitionen sind vorrangig für den Neu- und Ausbau von Landarbeiterwohnungen zu verwenden. Dabei sind vorrangig solche Güter wie Klessin und Ciewen-Flensdorf zu berücksichtigen.

Das Gemüsekombinat Wollup ist 1958 fertigzustellen, damit es ab 1./50 mit voller Kapazität produzieren kann.

Eine entscheidende Aufgabe im Jahre 1958 ist die Herstellung der Rentabilität der VEG. Alle angeführten Maßnahmen müssen der Erreichung dieses großen Zieles dienen. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten sind hierfür von größter Bedeutung. Die Erhöhung der Einnahmen sowie die Senkung der anteilmäßigen Futter- und Lohnkosten sind die wichtigsten Maßnahmen zur Herstellung der Rentabilität.

Die Hauptaufgabe der MTS ist die allseitige Unterstützung der Landwirtschaft, insbesondere der LPG und Ständigen Arbeitsgemeinschaften. Der Bildung von Ständigen Arbeitsgemeinschaften und LPG Typ I ist die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Der Mechanisierungsgrad für Feldarbeiten soll 1958 54,3 Prozent betragen. Es sind vor allem die Hack- und Feldarbeiten, das Stallungstreuen, das Kartoffellegen, der Maisanbau, die Hackfruchternte und die Meliorationsarbeiten (besonders im Bruch) stärker als bisher zu mechanisieren. Die Leistung je Traktor (15 ZPS) muß mindestens 106 Prozent des Planes 1957 betragen.

Durch die konsequente Anwendung der Methode Schönebeck-Nord muß erreicht werden, daß die Kosten

je Hektar mittleres Pflügen 1958 - DM nicht übersteigen.

Durch ein besseres Kontrollsystem ist zu gewährleisten, daß der Vergeudung von Treib- und Schmierstoffen Einhalt geboten wird. Dadurch können die Kosten für Treib- und Schmierstoffe erheblich gesenkt werden. Die Reparaturkosten, darunter vor allem der Lohn für Reparaturen, sind bedeutend zu reduzieren.

Das muß vor allem durch bessere Pflege und Wartung der Maschinen und Geräte erreicht werden. Die unproduktive Zeit (Wartezeiten, Wegezeiten usw.) ist durch bessere Arbeitsorganisation unbedingt zu senken und dadurch die Auslastung des Maschinenparkes wesentlich zu verbessern. Ein weiteres Mittel zur besseren Auslastung der Maschinen ist der Mehrschichteneinsatz. Hierzu ist es notwendig, mehr Schichtfahrer zu werben und den Besatz an Stammitraktoristen weiter zu erhöhen. Die VE Industriebetriebe werden verpflichtet, zur Unterstützung der MTS Spezialisten, wie z. B. Motorenschlosser, als ständige Arbeitskräfte auf das Land zu delegieren. Neueinstellungen von Lehrlingen sind mindestens im gleichen Umfange wie 1957 vorzunehmen.

Die vorgesehenen Investitionsmittel für MTS sind zu verwenden

für das Maschinenprogramm	12 055,0 TDM
für Baumaßnahmen	5 045,0 TDM

Die Investitionen für das Maschinenprogramm sind neben der Komplettierung im wesentlichen zur Anschaffung von Kartoffelvollernemaschinen (Endbestand 1958 — 205 Stück), Rübenvollernemaschinen (Endbestand 1958 — 77 Stück), Mähhäckseln, Stallungstreuern und Meliorationsmaschinen sowie für den noch notwendigen Ausbau der Brigadestützpunkte zu verwenden.

Bei den Baumaßnahmen ist vorgesehen

für Stützpunkte	für Stationen
4 Werkstätten	1 Geräteschuppen
4 Traktorengaragen	1 Mähdrescherschuppen
3 Geräteschuppen	10 Boxen
	4 Werkstätten

In der sonstigen volkseigenen Landwirtschaft besteht die Hauptaufgabe darin, die Rentabilität der Betriebe wesentlich zu erhöhen bzw. den Verlust zu verringern. In den VEB (K) für Mast- und Schlachtvieh sind die Kosten je kg Schweinefleisch um 7 Prozent zu senken. Zur Erreichung dieses Zieles sind folgende Maßnahmen notwendig: Die vorhandenen Kapazitäten sind voll auszulasten, die Mastdauer ist auf unter 6 Monate zu verkürzen. Die Arbeitsorganisation ist zu verbessern und das Leistungsprinzip in allen Betrieben durchzusetzen. Die Leistungen je Mäster sind wesentlich zu erhöhen, um die anteilmäßigen Lohnkosten zu senken.

Die Staatlichen Tierzuchtbetriebe sind zu wirklichen Zuchtbetrieben zu entwickeln und wirtschaftlich zu festigen. Die Stützungen sind gegenüber 1957 bedeutend zu verringern. Um das zu erreichen, sind die Kosten zu senken und besonders die Erträge zu steigern.

Der Viehbesatz je 100 ha LN ist entsprechend der Aufgabenstellung zu erhöhen. In der pflanzlichen Produktion sind die vorhandenen Reserven voll auszunutzen.

Hierzu ist notwendig, daß die Betriebs- und Arbeitsorganisation verbessert, das Leistungsprinzip durchgesetzt, der Arbeitskräftebesatz (Produktionsarbeiter) erhöht und eine exakte Rechnungslegung und Kontrolle durchgeführt wird.

## 2. Forstwirtschaft

Zur Erhöhung der Nutzholzausbeute ist 1958 der Brennholzanteil — bezogen auf den gesamten Derbholzeinschlag des Volkswaldes im Bezirk — auf 12 Prozent zu senken. Das dabei freiwerdende Nutzholz ist zusätzlich bereitzustellen. Es ist notwendig, dazu im Bezirk im Rahmen des staatlichen Lieferplans 26 sfm Stockholz als Ausgleich für das ausfallende Brennholz be-

reitzustellen. Alle Anstrengungen sind darauf zu richten, daß die Kosten je afm Stockholz nicht wesentlich über den Kosten eines afm Brennknußel liegen. Besondere Beachtung muß den Aufforstungsrückständen gewidmet werden. Jeder Aufforstungsrückstand bedeutet absoluten Holzverlust und kann nicht geduldet werden.

Im Volkswald des Bezirkes muß im Jahre 1958 eine Fläche (Neubegründung und Wiederholung ohne Nachbesserung) von 3180 ha aufgeforstet werden.

Im Privatwald des Bezirkes betragen die Aufforstungsrückstände (Neubegründung und Wiederholung ohne Nachbesserung) 2212 ha (voraussichtlicher Stand zum 31.12.1957). Es ist erforderlich, daß die Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe in stärkerem Maße die Aufforstung dieser Flächen gegen Bezahlung aus den für die Waldbesitzer zur Verfügung gestellten Krediten übernehmen.

Darüber hinaus ist mit Hilfe des Feldvergleiches 1957 eine genaue Uebersicht über die wirklich vorhandenen aufforstungsfähigen Oedlandflächen zu schaffen und ein spezifizierter Plan — mit dem Ziel der restlosen Aufforstung dieser Flächen bis 1960 — aufzustellen. Ein weiteres Ansteigen der Produktionsarbeiter ist auf Grund der Produktion und der Arbeitskräftefrage nicht zuzulassen. Um eine weitere Verschärfung der Disproportion zwischen Anzahl der Produktionsarbeiter und Anzahl des übrigen Personals zu verhindern, ist es erforderlich, durch eine richtige Verbindung von Dezentralisierung und Zentralisierung der Leitung der Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe die Voraussetzungen für eine wesentliche Verringerung des übrigen Personals zu schaffen.

Diese Verringerung soll vor allem beim Wirtschafts- und Verwaltungspersonal erfolgen.

Zur Vorbereitung dieser Aufgaben ist für 1958 an Oberförstereien bereits eine größere operative Selbständigkeit bei der Ausarbeitung und Durchführung des Planes zu übertragen. Es sind Betriebsvergleiche durchzuführen, um eine weitere Senkung der Kosten, insbesondere der Verwaltungskosten, zu erreichen. Im Bezirk sind im Jahre 1958 118 Lehrlinge neu einzustellen.

Mit der zu erreichenden Erhöhung der Nutzholzausbeute ist der Nutzholbedarf für 1958 noch nicht gedeckt. Daher ist es erforderlich, Vorschläge auszuarbeiten zur weiteren Erhöhung der Nutzholbereitstellung aus eigenem Aufkommen im Rahmen des Gesamterholzeinschlages, wie er nach dem Perspektivplan 1958 vorgesehen ist. Außerdem ist zu überprüfen, wie die beträchtlichen unkontrollierten Einschlüsse im Privatwald reduziert und aus dem Brennholzeigenverbrauch der Bauern zusätzliches Nutzholz bereitgestellt werden kann.

Die staatlichen Investitionen sind besonders für die Kleinmechanisierung, besonders für den Holzeinschlag und die Aufforstungsarbeiten, anzuwenden. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Investitionskrediten für die Technisierung sind mehr als bisher auszunutzen.

Das Hauptaugenmerk ist auf die Erhaltung der Grundfonds zu richten.

Orientierungszahlen für 1958 für den Plan zur Förderung der LPG

	Lösungen für Prod.-Bauten	Kredite für Masch. u. Geräte	Kredite für Viehzucht. (Genossensch.)	Kredite für langj. Kultur. Melior. Nebenw.	dav. Millorat.
	in TDM				
Angermünde	2500	870	1450	400	330
Beeskow	800	140	250	130	100
Bernau	900	220	700	250	200
Eberswalde	1100	200	700	150	100
Friedenwalde	1800	400	1050	330	250

Fürstenberg	250	95	42	32
Fürstenwalde	1000	400	850	250
Seelow	3200	1530	2000	350
Strausberg	1200	400	1000	200
Frankfurt (O.)	100	65	45	18
Bezirk insges.	12 700	4400	8100	1822

Die Aufteilung der Investitionen und des Amortisationsaufkommens wird wie folgt vorgeschlagen:

	insgesamt	davon staatl. Inv.	eigene Amort.
VEG	13 480,0	9 680,0	3 800,0
MTS	17 100,0	17 100,0	—
Forstwirtschaft	1 000,0	330,0	670,0
Besamungs- u. Deckst.	310,0	175,0	135,0
Binnenfischerei	300,0	272,0	28,0
Hoch- u. Fachschulen	50,0	50,0	—
Veterinärwesen	50,0	50,0	—
Bezirkakontor	140,0	95,0	45,0
Reserve Bezirk	300,0	278,0	22,0
Bezirksges. ges.	32 730,0	28 030,0	4 700,0
* Kreis insgesamt	1 870,0	1 570,0	300,0
Landwirtsch. ges.	34 600,0	29 600,0	5 000,0

### 3. Kommunale Wasserwirtschaft

In der kommunalen Wasserwirtschaft ist 1958 das Schwergewicht auf die notwendige Erhaltung der wasserwirtschaftlichen Anlagen und die rechtzeitige Durchführung der erforderlichen Folgemaßnahmen zur Sicherung des Wohnungsbauprogrammes zu legen.

Durch gute Koordinierung mit dem Wohnungsbau ist zu erreichen, daß die Standortwahl im Wohnungsbau weitgehend vom Vorhandensein erschlossenen Geländes und einer entsprechenden wasserwirtschaftlichen Kapazität bestimmt wird.

Sofern für Industriebetriebe, Wohnungen, LPG-Bauten usw. wasserwirtschaftlich ungünstige Standorte gewählt werden müssen, haben die Planträger die Finanzierung der Wasserversorgungs- und Entwässerungsvorhaben (Einrichtungen von Brunnen, Kleinstkläranlagen usw.) selbst vorzunehmen. (Vereinbarung über die Systematik des Anschlußprogramms vom 23.5.56, siehe Dienstanweisung des Ministeriums für Aufbau, Nr. 224.)

Im Hinblick auf die Notwendigkeit der strengsten Sparsamkeit beim Einsatz der zur Verfügung stehenden Investitionsmittel und besonders metallurgischer Rohre, ist in allen Fällen zu prüfen, durch welche Maßnahmen bei geringstem Material- und Mitteleinsatz der höchste Nutzeffekt erzielt werden kann. Ganz besonders muß dabei stärkerer Einfluß auf die Standortwahl ausgeübt und in allen Fällen die volkswirtschaftlich günstigste Lösung gefunden werden.

In der kommunalen Wasserwirtschaft ist darauf zu achten, daß die Leistungen erhöht werden.

Durch das Wohnungsbauprogramm ist es erforderlich, mehr Einwohner an das zentrale Wasserherz anzuschließen. Es ist ein Kampf gegen die Rohrverluste zu führen; denn mit der Senkung der Rohrnetzverluste wird eine Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Brauchwasser erreicht.

Um diese Ziele zu erreichen und zu gewährleisten, daß eine recht große Anzahl von Einwohnern an das zentrale Wasserversorgungsnetz angeschlossen wird, empfehlen wir den Kreisen, schwerpunktmäßig aus Investitionen folgende Fortführungen aufzunehmen:

**Angermünde:** Die Kanalisation und Abwasserverwertung in Angermünde.

**Bernau:** Die Wasserversorgung in Seefeld und Löhme.

**Eberswalde:** Die Wasserversorgung in Joachimstal.

**Seelow:** Den Bau des Rohrnetzes in Alt Tucheband, in Marxwalde und in Döbberin.

**Strausberg:** Die Rohrnetzerweiterung im Kreisgebiet.

**Frankfurt (Oder):** Die Rohrnetzerweiterung im Kreisgebiet.

Sowie in allen Kreisen die ständigen Erschließungen im Kreisgebiet.

Weiterhin empfehlen wir den Kreisen folgende neu zu beginnende Vorhaben aus Investitionen:

**Beeskow:** Der Bau des Wasserwerkes Storkow, mit Anschluß des Krankenhauses Hubertushöhe und der Wohnsiedlung der Nat. Volksarmee in Küchensee sowie die Wasserversorgung in Kossenblatt.

**Eberswalde:** Die Wasserversorgung in Finow.

**Forstwald:** Die Wasserversorgung in Beiersdorf.

**Fürstenberg:** Die Kanalisation der Straße der Jugend in Fürstenberg.

**Fürstenwalde:** Der Neubau (I. Abschnitt) des Wasserwerkes in Fürstenwalde sowie die Wasserversorgung in Beerfelde.

**Seelow:** Die Wasserversorgung in Libbenichen und Altmahlich.

**Strausberg:** Die Wasserversorgung in Eggersdorf bei Müncheberg und in Reichenberg.

Ein Mangel in unseren Betrieben ist, daß die Arbeitszeit nicht voll ausgenutzt wird. Das tritt in den hohen Ausfallzeiten (Wartzeiten und Krankheit) zutage. Es ist daher notwendig darauf hinzuweisen, daß die Ausfallzeiten gesenkt werden und somit eine Erhöhung der Leistungen der Betriebe unter voller Ausnutzung sämtlicher Aggregate und Maschinen erfolgt.

## V.

### Kraftverkehr und Straßenwesen

#### 1. Kraftverkehr

Die Leistungen des gesamten Güterkraftverkehrs sind im Jahre 1958 auf 7000 t zu steigern. Entsprechend der steigenden Produktion hat der Kraftverkehr im Rahmen seiner Aufgabenstellung besonders auf dem Sektor der Konsumgüterindustrie und Bauwirtschaft Transporte durchzuführen.

Die Beförderung der Güter durch die volkseigenen Betriebe ist auf 2000 Tt zu steigern, da der Werkverkehr keine wesentliche Erweiterung erfahren soll, sondern in erster Linie seinen vorhandenen Fuhrpark erhalten muß.

Im Personenkraftverkehr sind im Jahre 1958 12,1 Mio. Personen mit Omnibussen zu befördern, davon die volkseigenen Betriebe 11,0 Mio. Personen.

Es kommt darauf an, die Belange der Bevölkerung nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ zu befriedigen. Der Linien- und Gelegenheitsverkehr ist entsprechend den Wünschen der Bevölkerung weiter auszubauen.

Bei der Anschaffung neuer Kapazitäten sind vorrangig Lkw-Anhänger, speziell Kippenhänger, zur besseren Auslastung des Fuhrparks und zur Treibstoffeinsparung anzuschaffen. Der Pflege der Fahrzeuge ist größtes Augenmerk zu schenken. Die Wasch- und Pflegeeinrichtungen sind bei durchzuführenden Baumaßnahmen auf alle Fälle vor dem Garagenbau zu schaffen. Der Bau des Instandsetzungsbetriebes Bad Freienwalde ist aus staatlichen Investitionen weiterzuführen.

Zur Steigerung der Rentabilität ist vor allem der Anteil der Produktionsarbeiter zu den Gesamtbeschäftigten zu erhöhen. Grundsätzlich ist die Anzahl der Gesamtbeschäftigten nicht zu steigern. Die Überstunden der Produktionsarbeiter sind um 10 Prozent gegenüber 1957 zu senken. Das muß erreicht werden durch Einführung von Dienst- und Wagenumlaufplänen in den Betrieben des Kraftverkehrs.

Besonderes Augenmerk ist auf die Senkung des Lohnanteils auf 100 DM Warenproduktion zu legen.

Die Finanzpläne müssen realer als 1957 gestaltet werden und alle Möglichkeiten zur Senkung der Selbstkosten sind auszuschöpfen.

Lehrlinge sind im Umfang des Jahres 1957 einzustellen.

#### 2. Straßenwesen

Zur Erhaltung und Verbesserung der Bezirksstraßen stehen 7800 TDM zur Verfügung. Haushaltsmittel für Staatsstraßen werden außerhalb des Haushaltsplanes des Bezirkes durch das Ministerium für Verkehrswesen zugewiesen.

In der Straßenunterhaltung ist die Beräumung der Bahnkette und Straßengräben abzuschließen.

Die Schwerpunkte im Straßenneubau sowie bei den Instandsetzungen sind die Kreise Angermünde, Freienwalde und Seelow. Hier muß im Jahre 1958 eine Verbesserung der Straßenverhältnisse, besonders an befestigten Straßen, erreicht werden. Im Rahmen des NAW ist die Initiative der Bevölkerung auf diese Aufgabe mit zu lenken.

Bis Ende 1958 ist die gesamte Dokumentation aller öffentlichen Straßen und Brücken abzuschließen.

Die Leistungen der SSUB sind auf 7000 TDM zu steigern.

Bei der Durchführung der Investitionen sind die Maßnahmen, die sich aus dem Kohle- und Energieprogramm, dem Wohnungsbau sowie aus Bauten des Ministeriums für Nationale Verteidigung ergeben, vorrangig zu berücksichtigen.

Außerdem ist die weitere Mechanisierung des SSUB zur Erfüllung der Aufgaben im Straßenwesen zu vervollständigen.

Die wichtigsten Maßnahmen bei klassifizierten Straßen und Brücken im Jahre 1958 sind:

- Brücke Fürstenwalde
- Brücke Letschin
- Brücke Neuhartmannsdorf
- Brücke bei Altlewin
- Brücke Mäckersee

Bei den kommunalen Straßen und Brücken sollte man sich 1958 auf folgende Maßnahmen konzentrieren:

- Fortführung Karl-Marx-Straße, Frankfurt (Oder),
- Straße Mürow-Frauenhagen,
- Ausbau des unbefestigten Deiches Kietz-Nieschen,
- Zufahrt zum Objekt „Rotes Luch“,
- Straßenneubau Merin-Ortwig,
- MDI — Maßnahmen,
- Befestigung des Weges zum Objekt Kunitz,
- Straße zum Objekt „Walderuh“, Kr. Strausberg,
- Zufahrtsstraße zum Objekt Hönow, Kr. Strausberg.

## VI.

### Handel und Versorgung

Nach vorläufigen Berechnungen der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung besteht die Möglichkeit, den Warenumsatz des Einzelhandels im Jahre 1958 um mindestens 5 Prozent gegenüber 1957 zu erhöhen. Die örtlichen Organe der Staatsmacht haben die Aufgabe, alle Möglichkeiten auszunutzen, um durch eine strukturelle Veränderung der Geldausgaben der Bevölkerung die Ausgaben für den Kauf von Waren relativ zu vermindern.

Mit der Annahme einer hundertprozentigen Planerfüllung im Jahre 1957 und der Berücksichtigung der Veränderung der Struktur der Ausgaben der Bevölkerung, ist der Warenumsatz des Einzelhandels im Bezirk Frankfurt (Oder) im Jahre 1958 um ca. 4,2 Prozent zu erhöhen.

Dabei ist dafür zu sorgen, daß der Industriewarenumsatz schneller steigt. Im Bezirk ist der Anteil der Industriewaren am Gesamtwarenumsatz um 1,5 Prozent zu erhöhen.

Bei der Festlegung der Ziele für die Eigentumsformen des Einzelhandels ist von der Notwendigkeit der weiteren Festigung und Stärkung des sozialistischen Sektors auszugehen.

Dem staatlichen Einzelhandel wird insbesondere die Aufgabe gestellt, die ökonomischen Ergebnisse seiner Arbeit grundlegend zu verbessern. Der konsum-genossenschaftliche Einzelhandel muß seine Aufgaben auf dem Lande einschl. der massenpolitischen Arbeit weiter verbessern. Dem privaten Einzelhandel ist die Möglichkeit gegeben, aktiv bei der weiteren Verbesserung

der Versorgung der Bevölkerung mitzuwirken. Eine große Möglichkeit bietet ihm hierfür der Abschluß von Kommissionsverträgen. Sein Warenumsatz gegenüber 1957 kann sich um ca. 2,5 Prozent erhöhen.

Vor dem sozialistischen Einzelhandel steht die Aufgabe, den Umsatanteil von 72,3 Prozent am Gesamtumsatz, der im Jahre 1957 erreicht werden wird, auf 72,8 Prozent zu erhöhen.

Zur besseren Versorgung der Bevölkerung wird empfohlen, den Gaststättenumsatz auf rd. 106 Prozent zu erhöhen. Diese Aufgabe trifft insbesondere für die Gebiete mit Urlauber- und Ausflugsverkehr zu.

Besonders wichtig ist die weitere Verbesserung der gastronomischen Betreuung der Landbevölkerung. Der konsum-genossenschaftliche Einzelhandel muß sein Gaststättennetz auf dem Lande erweitern und verbessern. Die bisherige Vernachlässigung der Warenbelieferung der privaten Gaststätten durch den staatlichen Großhandel ist zu überwinden. Die Erfahrungen des privaten Einzelhandels sind im Jahre 1958 zur Verbesserung der Versorgung stärker auszunutzen.

Den staatlichen Organen ist die Aufgabe gestellt, die Anstrengungen zur Gewinnung von privaten Einzelhändlern zu Kommissionshändlern des staatlichen Großhandels zu verstärken. Es sollte erreicht werden, daß Ende 1958 im Bezirk Frankfurt (Oder) zumindest 50 Kommissionshändler bestehen.

Zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung und zur Erreichung des vorgesehenen Warenumsatzes ist für das Jahr 1958 eine Erhöhung des Warenfonds notwendig.

Dem Groß- und Einzelhandel ist die Aufgabe gestellt, alle Anstrengungen zu unternehmen zur Erweiterung des Warenumsatzes mit Waren des dezentralisierten Fonds. Hierzu ist es unbedingt notwendig, daß der staatliche Großhandel einen engen Kontakt zur Produktion pflegt und die Produktion im Interesse der Bevölkerung beeinflußt.

Bei Nahrungs- und Genußmitteln zeigt die Entwicklung des Jahres 1957 auf der Grundlage des derzeitigen Preisniveaus eine weitere Verbrauchstabilisierung bei Fleisch, Fetten aller Art und den Grundnahrungsmitteln. Bei diesen Waren ist deshalb bei der Ausarbeitung der Planvorschläge die Notwendigkeit der Verbesserung der Qualitäten und Sortimente vorrangig zu berücksichtigen.

Nach den derzeitigen Berechnungen wird es möglich sein, etwa folgende Erhöhungen vorzunehmen:

Eier	auf 103 Prozent
Fettkäse	auf 104 Prozent
Fleisch und Fleischwaren (Fleischwert)	auf 110 Prozent
Kakao-Erzeugnisse	auf 110 Prozent
Weißbrot	auf 107 Prozent
Süßfrüchte und Nüsse	auf 115 Prozent
Röstbrot	auf 110 Prozent

Bei Textilien und Bekleidung wird sich im allgemeinen eine leichte Verbesserung der Qualitäten ermöglichen lassen. Es wird etwa folgende Entwicklung möglich sein:

Schuhwerk aus Leder	auf 103 Prozent
Wollgewebe	auf 115 Prozent
Perlonseidenkonfektion	auf 140 Prozent
Obertrikotagen aus Wolle	auf 120 Prozent
Teppiche und Läufer (Flor)	auf 112 Prozent
Sonstige Teppiche und Läufer	auf 110 Prozent

Der Anstieg von Konfektionserzeugnissen gegenüber der Schnittware ist im Jahre 1958 bedeutend zu verbessern. Bei sonstigen Industriewaren wird nach den derzeitigen Berechnungen neben den notwendigen Steigerungen an Erzeugnissen des dezentralisierten Fonds aus dem Maschinenbau und der Leichtindustrie etwa folgende Entwicklung möglich sein:

Nähmaschinen	auf 105 Prozent
Kühlschränke	auf 120 Prozent
PKW	auf 105 Prozent
Motorräder und -roller	auf 103 Prozent
Mopeds	auf 110 Prozent

Super und Musiktruhen	auf 110 Prozent
Fernsehgeräte	auf 151 Prozent
Fahrräder	auf 105 Prozent

Bei Möbeln wird sich die Versorgung leicht verbessern. Die Versorgung mit festen Brennstoffen wird das Niveau des Jahres 1957 nicht überschreiten können.

Die Zielsetzung bei der Verwendung der Investitionsmittel im staatlichen Handel ist die schnelle Schaffung und Nutzung der notwendigsten Kapazitäten. Im Bezirk Frankfurt (Oder) sind die Fortführungsvorhaben vorrangig durchzuführen. Zur Zeit besteht keine Möglichkeit, Investitionsmittel für neue langfristige Vorhaben zu binden. Die Betriebe des staatlichen Groß- und Einzelhandels müssen im Jahre 1957 mehr als bisher die Möglichkeit der Nutzung von Investitionskrediten für die Technisierung und Rationalisierung in Anspruch nehmen. Den Betrieben des staatlichen Groß- und Einzelhandels ist im Jahre 1958 die Möglichkeit gegeben, Kleininvestitionen aus ihrem Amortisationsfonds vorzunehmen. Die Direktoren haben die Erhaltung und Ersatzbeschaffung ihrer Grundmittel aus dem Amortisationsfonds zu sichern.

Die dem staatlichen Einzelhandel zur Verfügung stehenden Investitionsmittel werden in erster Linie den Betrieben zur Verfügung gestellt, deren materiell-technische Basis auf einem niedrigen Niveau liegt. Die Investitionsmittel für den staatlichen Großhandel werden zur Fortführung des Objektes GHK Lebensmittel Bernau und Seelow verwendet.

Dem staatlichen Groß- und Einzelhandel wird die Aufgabe gestellt, die erhöhten Umsatzaufgaben im wesentlichen durch eine entsprechende Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Die Arbeitskräftelage läßt es nicht zu, die Anzahl der Beschäftigten weiter zu erhöhen. Nur in den dringendsten Fällen, wie z. B. bei Neueröffnung von Verkaufsstellen, die mit vorhandenen Kräften nicht besetzt werden können, kann notfalls die Anzahl der Verkaufskräfte erhöht werden.

Das Verhältnis des Handelspersonals zum sonstigen Personal ist in allen Handelsbetrieben grundsätzlich zu verbessern. Dies trifft besonders für die HO-Kreisbetriebe in Angermünde, Bernau, Freienwalde und Fürstenberg, sowie für alle Großhandelskontore für Lebensmittel, Obst und Gemüse zu. Weiter ist von den Handelsbetrieben dafür zu sorgen, daß sich die Warenstruktur zugunsten hochwertiger Waren verändert. Dadurch wird neben der Steigerung der Arbeitsproduktivität eine Erhöhung der Handelsspannerlöse möglich sein.

Die Betriebe haben konkrete Maßnahmen einzuleiten, die das Verhältnis zwischen der reinen Verkaufszeit und den sonstigen Arbeiten verbessern. Die Produktivitätssteigerung erfordert die weitere Durchsetzung von Neueremethoden, verbunden mit einer weiteren Technisierung und Spezialisierung des Handelsnetzes. Eine Handelsnetzerweiterung beim staatlichen Einzelhandel ist im Prinzip nicht vorzunehmen. Eine Erweiterung kann sich lediglich aus der Übernahme von Versorgungseinheiten aus dem Nationalen Aufbauwerk und anderen Objekten, die zur Sicherung der Versorgung unbedingt notwendig sind und deren Rentabilität gesichert ist, ergeben.

Bei der Planung der Kosten ist auf der Grundlage der Produktivitätssteigerung und der notwendigen Einsparung von Sachkosten eine Gesamtkostensenkung von 4 Prozent im Bezirk beim staatlichen Einzelhandel zu erreichen. Eine über den Bezirksdurchschnitt liegende Kostensenkung ist insbesondere von den HO-Kreisbetrieben in Beeskow, Frankfurt (Oder), StalinStadt Strausberg und Fürstenberg zu erbringen.

Bei den Großhandelskontoren für Lebensmittel, Obst und Gemüse ist das Verhältnis der Kosten zum Umsatz zu verbessern. Die Selbstkosten der Großhandelskontore müssen im Bezirk um mindestens 3 Prozent gesenkt werden.

Erheblich über diesem Bezirksdurchschnitt muß die Kostensenkung beim GHK für Obst und Gemüse in Seelow und beim GHK Lebensmittel in Eberswalde liegen.

# **Volkshochbildung, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen sowie übrige Kommunalwirtschaft**

In den Bereichen der kulturellen und sozialen Betreuung der Bevölkerung liegt der Schwerpunkt auf der höchstmöglichen Auslastung der vorhandenen Kapazitäten. Für die Bereiche Volkshochbildung, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen ist der Aufwand an sachlichen und personellen Kosten zu senken, wobei die Betreuung der Bevölkerung gesichert bzw. weiter verbessert werden muß.

**Volkshochbildung:** Die Aufnahmezahlen für die Mittelschulen sind für 1958 im Rahmen des Perspektivplanes zur Förderung der Jugend im Bezirk Frankfurt (Oder) festzulegen.

Die Anzahl der Neuaufnahmen soll 25 Prozent der Abgänger der 8. Klasse betragen. Die Neuaufnahmen für die Oberschulen haben in der Regel in der gleichen Höhe wie 1957 zu erfolgen. Insbesondere auf dem Lande ist dafür zu sorgen, daß entsprechende Raumreserven für die Volkshochbildung ausgenutzt werden. Im Jahre 1958 sind die letzten Einklassenschulen im Bezirk zu beseitigen. Die dadurch erforderliche Konzentration der Schüler bedingt eine genaue Festlegung des Transportes der Kinder in die zentralen Schulen. In den Schulen müssen allgemein wirtschaftlichere Klassenfrequenzen erreicht werden. Im Kreis sind als Durchschnitt bei Grundschulen 30 Schüler als Klassenfrequenz zu erreichen. Es sind Maßnahmen einzuleiten, die die Anzahl der Sitzgelegenheiten wesentlich einschränken.

Die örtlichen Organe haben die Aufgabe, den Abschluß von Patenschaftsverträgen zwischen Schulen und Betrieben, insbesondere der Landwirtschaft, zu organisieren. Zur besseren schulischen Betreuung muß gesichert werden, daß der erste Bauabschnitt einer Schule in Letschin begonnen wird. Weiterhin ist mit dem ersten Bauabschnitt der Schule in Tantow, Kreis Angermünde, und Klosterfelde, Kr. Bärnau, zu beginnen. Die Fertigstellung der Schule in Fünfeichen, Kr. Fürstberg, und in Joachimsthal, Kr. Eberswalde, ist zu sichern.

Für die außerschulische Erziehung und Vorschul-erziehung sind keine Investitionsmaßnahmen vorgesehen. Hier steht besonders die Auslastung der Kapazitäten im Vordergrund.

Für die Erweiterungen der Kapazitäten auf diesen Gebieten ist das Nationale Aufbauwerk ausschlaggebend. Dabei ist von der örtlichen Arbeitskräfte- und den Finanzierungsmöglichkeiten im Haushalt des jeweiligen Kreises auszugehen.

**Kultur:** Auf dem Gebiete der Kultur sind keine Neubauten vorgesehen. Hauptaufgabe ist hier ebenfalls die erhöhte Kapazitätsauslastung. Die Kultureinrichtungen müssen zu wirklichen kulturellen Zentren im jeweiligen Gebiet entwickelt werden.

Im Lichtspielwesen kommt es darauf an, die technische Einrichtung der Kreislichtspielbetriebe zu verbessern (z. B. Totalvision in den großen Lichtspieltheatern). Dafür sind besonders die Amortisationen der Kreislichtspielbetriebe zu verwenden. Eine größere Förderung auf dem Gebiet der Kultur muß insbesondere die Landbespielung erfahren.

Die örtlichen Organe sollten in Verbindung mit den Gewerkschaften dafür sorgen, daß die Lösung der kulturellen Fragen in den einzelnen Betrieben besser wird. Dazu sind in den Betriebskollektivverträgen entsprechende Maßnahmen aufzunehmen.

Der Arbeit der Beiräte für Kultur und Volkshochbildung ist allgemein mehr Bedeutung beizumessen.

**Sozialwesen:** Zur Entlastung des Wohnungsbaues und der Betten in Krankenhäusern sind entsprechend den Möglichkeiten Plätze in Ferienab- und Pflegeheimen zu schaffen. Die örtlichen Organe haben dafür zu sorgen, daß das Ferienab- und Pflegeheim im Kreis Seelow mit 81 Plätzen und das Ferienab- und Pflegeheim in Bad Freienwalde mit 120 Plätzen fertiggestellt wird.

In Booßen, Kreis Seelow, ist das Ferienab- und Pflegeheim mit 60 Betten zum Abschluß zu bringen. In Seelow ist der erste Bauabschnitt des Ferienab- und Pflegeheimes zu beginnen.

**Gesundheitswesen:** Insbesondere in den Krankenhäusern sind weitere Verbesserungen im Funktionsablauf und in der Anwendung der Rahmenkrankenhausordnung vorzunehmen. Schwergewicht ist auf die Ausdehnung des vorbeugenden Gesundheitsschutzes zu legen. Bei Schaffung von betrieblichen Gesundheitseinrichtungen muß ebenso wie bei den bereits bestehenden darauf geachtet werden, daß sie zur völligen Nutzung ihrer Kapazitäten auch den anderen Betrieben und der übrigen Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Durch die Betriebsvergleiche im Gesundheitswesen, Sozialwesen und den Kreislichtspielbetrieben muß erreicht werden, daß sich die Wirtschaftlichkeit der entsprechenden Einrichtungen erhöht, ohne daß die Qualität der Betreuung der Bevölkerung beeinträchtigt wird.

Die Investitionskosten für alle Bereiche außerhalb der materiellen Produktion sind durch einfaches und zweckmäßiges Bauen, unter Vermeidung unnötiger Repräsentativkosten, zu senken. (Anwendung von Typenprojekten und Wiederverwendungsprojekten.)

Die Anzahl der Gesamtbeschäftigten ist 1958 nicht zu erweitern. Die Anzahl des übrigen Personals ist zugunsten des Fachpersonals zu senken.

Für die Neueinstellung von Lehrlingen im Jahre 1958 ist die für 1957 gegebene Anzahl die Höchstgrenze. Die Anzahl der Neuaufnahmen von Berufsvollschülern ist in der Regel zu senken.

Für die Verausgabung von Haushaltsmitteln gilt es nach wie vor das Prinzip der strengsten Sparsamkeit konsequent zu verwirklichen.

In den Hinweisen und Orientierungszahlen für die Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1957 der Staatlichen Plankommission wird empfohlen, den Bau des Krankenhauses Rüdersdorf, der sich aus der Verlegung des alten Krankenhauses durch die Arbeiten des Kalk- und Zementwerkes Rüdersdorf ergibt, zu beginnen und bis 1960 fertigzustellen.

Im Rahmen des Investitionsplanes des Bezirkes ist der Bau dieses Krankenhauses nicht möglich.

Bis Oktober 1957 sind die Verhandlungen mit den zentralen Regierungsstellen über die Finanzierungsfrage abzuschließen.

## **Übrige Kommunalwirtschaft**

Auf dem Gebiet der kommunalen Wirtschaft steht im Bezirk die vordringlichste Aufgabe, volkseigene Dienstleistungs- und Versorgungsbetriebe zu schaffen, um das Leben, besonders der werktätigen Frau, zu erleichtern bzw. die Voraussetzungen zu schaffen, durch diese Betriebe noch mehr Frauen in den Arbeitsprozeß einzuzugliedern.

Die vorhandenen Kapazitäten an Wäschereien in allen Eigentumsformen reichen z. Zt. bei weitem noch nicht aus, um den Bedarf zu decken.

Deshalb schlagen wir vor, die VEB (K) Wäscherei in Freienwalde in ihrem Einzugsgebiet zu erweitern. Dazu ist es notwendig, in den Kreisen Angermünde, Eberswalde, Bärnau und Seelow ein Netz von Annahmestellen, besonders in ländlichen Gebieten, zu schaffen. Bei der Errichtung von Annahmestellen in den Kreisen Angermünde und Seelow sind diese Vorbereitungen so zu erweitern, daß je eine Annahmestelle zur selbständigen Wäscherei ausgebaut werden kann.

Außerdem sollen Möglichkeiten in den LPG geschaffen werden, mit Hilfe von Waschmaschinen die Arbeit der in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen zu erleichtern und weitere Arbeitskräfte für die ständige Arbeit in der LPG zu gewinnen.

Die Grundstücksverwaltungen müssen bemüht sein, alle Mittel, die ihnen zur Werterhaltung zur Verfügung stehen, bereits im I. Quartal 1958 auszuschiöpfen, um so damit beizutragen, daß das

1. Volkseigentum erhalten bleibt und

2. die berechtigten Bedürfnisse der Bevölkerung in den Fragen der Wohnkultur gewährleistet werden.

In den kommunalen Einrichtungen sind Erweiterungen entsprechend den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln durchzuführen. Besonders auf dem Gebiet der kommunalen Einrichtungen kommt es darauf an, breite Kreise der Werktätigen in das Nationale Aufbauwerk mit einzubeziehen, um somit bei der Lösung der Aufgaben Arbeitskräfte und Mittel einzusparen.

Die Arbeitskräfte sowie die Neueinstellung von Lehrlingen in der kommunalen Wasserwirtschaft und der übrigen kommunalen Wirtschaft haben sich gegenüber 1957 nicht zu steigern.

Es sei denn, daß neue Kapazitäten hinzukommen.

### VIII.

#### Investitionen — Lizenzen — Wohnungsbau

Im Planjahr 1958 sind die nachstehend genannten Investitionsprinzipien, die bereits 1957 Gültigkeit hatten, ebenfalls voll zu verwirklichen:

1. Alle erst langfristig produktionswirksam werden den Investitionen sind soweit wie möglich zurückzustellen und dafür diejenigen zu bevorzugen, bei denen die eingesetzten Mittel kurzfristig wirksam werden.
2. Begonnene Investitionen sind vorrangig fertigzustellen. Der Beginn neuer Investitionen ist überall dort zu unterbinden, wo noch andere — volkseigene, genossenschaftliche oder private — Kapazitäten nicht voll ausgenutzt vorhanden sind.  
Soweit die Aufnahme neuer Objekte in den Investitionsplan unerlässlich ist, muß das bestätigte Grundprojekt vorliegen.
3. Die Erhaltung bestehender Anlagen ist gegenüber neuen Investitionen zu bevorzugen und die bisherige Vernachlässigung der Generalreparaturen, Ersatzinvestitionen bzw. Werterhaltungen zu korrigieren.
4. Vor Beginn neuer Investitionen bzw. vor Erweiterung bestehender muß geklärt sein, daß für die beabsichtigte Produktion eine ausreichende Materialbasis vorhanden ist.
5. Bei kurzfristig wirksam werdenden Investitionen sind solche zu bevorzugen, durch die eine zusätzliche Produktion für den Export oder hochwertige industrielle Konsumgüter ermöglicht wird.
6. Bei allen Investitionen ist auf äußerste Sparsamkeit zu achten und jede Aufwendigkeit zu beseitigen bzw. zu verhindern.

Besondere Bedeutung erhält für 1958 der Punkt 3 der genannten Investitionsprinzipien durch den Beschluß des Wirtschaftsrates vom 17. 4. 1957, durch den das gesamte Amortisationsaufkommen der amortisationspflichtigen Wirtschaft für die Erhaltung der vorhandenen Grundmittel zur Verfügung steht.

In Verwirklichung dieses Beschlusses wird die Verantwortlichkeit der örtlichen Organe und der Betriebsleitungen weiter wesentlich gestärkt.

Der Investitionsplan 1958 ist durch die Möglichkeit der Verwendung des hundertprozentigen Amortisationsaufkommens in Verbindung mit den staatlichen Investitionen in

einen Plan der Erhaltung und  
einen Plan der Erweiterung  
aufzustellen.

Für den Plan der Erhaltung steht zur Finanzierung das eigene Amortisationsaufkommen, für den Plan der Erweiterung staatliche Investitionsmittel zur Verfügung. Der Beschluß des Wirtschaftsrates mit seinen Erläuterungen ist genauestens zu beachten.

Um zu verhindern, daß Investitionsmittel nicht nach den volkswirtschaftlich dringendsten Bedürfnissen eingesetzt werden, ist von allen Investitionsmaßnahmen, die im Plan aufgenommen werden, ein exakter Nachweis über die zu gewinnende Kapazität zu erbringen. Voraussetzung für den Einsatz von Investitionen ist ein volkswirtschaftliches und betriebswirtschaftliches Gut-

achten. Aus ihm muß genau der Nutzeffekt der Investitionen ersichtlich sein. Ohne Nutzeffekt werden keine Investitionen zur Verfügung gestellt. Den Kreisen wird weiterhin empfohlen, das Nationale Aufbauwerk bei den Maßnahmen des Investitionsplanes so zu koordinieren, daß mit Unterstützung der Bevölkerung die Mittel zur Schaffung größerer Werte eingesetzt werden können. Die im Gesetzblatt 9/57, Teil I, Seite 80, erlassenen gesetzlichen Bestimmungen mit den wesentlichen Erleichterungen für die Inanspruchnahme von Investitionskrediten sind weitgehendst für Mechanisierung bzw. Automatisierung, zur Verbesserung des Sortimentes und der Qualität der Erzeugnisse zu nutzen.

Das für 1958 zur Verfügung stehende Investitionsvolumen und Amortisationsaufkommen wird für die Erhaltung und Erweiterung der Grundmittel der Wirtschaft nach folgender Aufteilung — siehe Anlage — auf die Wirtschaftszweige aufgewendet.

Die Grundlage für die Aufteilung des Amortisationsaufkommens bildet der Generalreparaturplan 1957.

#### Anlage 1

Wirtschaftszweige	Insgesamt	Vorstellungen für 1958	
		staatl. Inv.	eigene Amort.
Oertliche Industrie	3 000,0	1 500,0	1 500,0
Bauindustrie	3 000,0	1 000,0	2 000,0
Baustoffindustrie	8 000,0	7 000,0	1 000,0
Landwirtschaft	34 600,0	29 600,0	5 000,0
Verkehr	9 700,0	7 000,0	2 700,0
Staatl. Einzelhandel	1 800,0	500,0	1 300,0
Staatl. Großhandel	1 300,0	1 200,0	100,0
Kommunalwesen	10 500,0	9 000,0	1 500,0
Volkshilfswesen	4 000,0	4 000,0	—
Gesundheitswesen	2 500,0	2 500,0	—
Sozialwesen	1 500,0	1 500,0	—
Berufsausbildung	1 200,0	1 200,0	—
Kultur	300,0	100,0	200,0
Innere	200,0	200,0	—
Sport	—	—	—
Verwaltungsbau	—	—	—
Wohnungsbau	—	—	—
staatl. u. Lizenzen	55 000,0	—	—

#### Zielsetzung über die Verwendung der Investitionsmittel im Wirtschaftszweig Wohnungsbau — staatlich — und Lizenzen.

Dem Bezirk stehen für 1958 55 000,0 TDM für den staatlichen und Lizenzwohnungsbau zur Verfügung. Das Verhältnis zwischen staatlichen und Lizenzwohnungsbau ist 1957 im Bezirksdurchschnitt noch sehr ungünstig. Es beträgt:

66 Prozent staatl. Wohnungsbau  
und 34 Prozent Lizenzwohnungsbau  
am Gesamtwertumfang des Wohnungsbaues.

1958 muß eine wesentliche Veränderung zugunsten des Lizenzwohnungsbau durchgesetzt werden. Zielsetzung hierin ist, den Anteil des Lizenzwohnungsbau im Bezirksdurchschnitt auf 50 Prozent zum Gesamtumfang zu erhöhen.

Das bedeutet, daß die Kreise eine wesentliche Steigerung des Anteils des Lizenzwohnungsbau durchsetzen müssen.

#### Die Kreise

	Anteil 1957	
Angermünde	mit	32 %
Beeskow	mit	33 %
Eberswalde	mit	37 %
Frankfurt (Oder)	mit	19 %
Fürstenwalde	mit	35 %
Seelow	mit	34 %
Strausberg	mit	35 %

Anteil Lizenzwohnungsbau am Gesamtumfang müssen 1958 große Anstrengungen zur Erhöhung ihres Lizenzwohnungsbauanteiles machen.



Auch die Kreise  
Bernau mit 48 %  
Freienwalde mit 46 %  
und Fürstenberg mit 43 %  
1957 sollten eine weitere Erhöhung anstreben.

Die Steigerung im Bezirksdurchschnitt auf 50 Prozent ist möglich, wenn die Kreise die 1957 erlassenen gesetzlichen Bestimmungen zur Bildung neuer AWG's durch die Verordnung vom 28. 3. 57, GBL Nr. 24, und den Möglichkeiten zur Förderung des Baues von Eigenheimen in Landgemeinden durch die Verordnung vom 22. 2. 57, GBL Nr. 14, anwenden und für ihren Kreis nutzen.

Den Räten der Kreise wird empfohlen, bei der Durchführung des Wohnungsbauprogrammes alle Möglichkeiten der Wiedergewinnung verfallenen Wohnraums, den Möglichkeiten des Um- und Ausbaues von Wohneinheiten zur Schaffung zusätzlicher Wohnungskapazitäten besondere Beachtung zu schenken.

Um-, Aus-, Wiederaufbauten und Hauptinstandsetzungen des vom Verfall bedrohten Wohnraumes können in das Wohnungsbauprogramm einbezogen werden, sofern die Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahmen gegenüber Wohnungsbau-Neubauten nachgewiesen wird.

Um eine Senkung aller volkswirtschaftlichen Gesamtaufwendungen im Wohnungsbau zu erreichen, sind als Voraussetzungen weiterhin zu beachten:

- a) Standortfestlegung für konzentriertes Bauen und Durchsetzung der mehrgeschossigen Bauweise.
- b) Anwendung der vom Min. f. Aufbau herausgegebenen Typen.
- c) Beachtung eines gesunden Verhältnisses der unterschiedlichen Wohnungsgrößen, um einen durchschnittlichen Kostensatz von 24,0 TDM je WE zu erreichen.

Für Stallbauten und Hausklimanlagen können je 3,0 TDM in Ansatz gebracht werden. Höhere Aufwendungen sind durch Eigenleistungen zu decken. Die Durchschnittskosten pro Wohnung im staatl. Wohnungsbau sollen jedoch 28,0 TDM nicht übersteigen.

Aus Mitteln des Wohnungsbaues können Maßnahmen anderer Art finanziert werden (z. B. Wohnheime), wenn dadurch nachweisbar mehr Wohnraum freigestellt oder geschaffen wird, als durch den Neubau von Wohnungen. Der staatl. Wohnungsbau wird nur dort durchgeführt, wo die ökonomische Grundlage dafür vorhanden ist, d. h. wo auf Grund der Erweiterung der ökonomischen Basis Wohnraum zusätzlich erforderlich ist. Deshalb sind die Standorte sehr sorgfältig (unter Berücksichtigung des komplexen Bauens) auszuwählen.

Alle anderen Vorschläge können nicht anerkannt werden.

Deshalb sind die Standorte sehr sorgfältig (unter Berücksichtigung des komplexen Bauens) auszuwählen.

Im Jahre 1958 wird der begonnene Wohnungsbau in den Städten und Orten mit städtischem Charakter zu Ende geführt. Außer den industriellen Schwerpunkten und Frankfurt sind keine neuen Wohnungsbauten zu beginnen.

Die Standorte für den Wohnungsbau sind so festzulegen, daß der Aufbau des Sozialismus auf dem Lande schneller vorangeht.

Zur Selbsthaftmachung der Lehrer ist dem Wohnungsbau für Lehrer mehr Beachtung zu schenken. Die Standorte für Lehrerwohnungen sind so auszuwählen, daß in den Orten, wo bereits Zentral- oder Mittelschulen bestehen bzw. geschaffen werden, der Wohnungsbau für Lehrer verstärkt durchgeführt wird.

Alle anderen Vorschläge können nicht anerkannt werden.

Vorschlag für die Aufteilung der Wohnungsbaukosten auf Kreise:

	TDM
Angermünde	5 090,0
Beeskow	1 600,0
Bernau	2 390,0
Eberswalde	6 540,0
Frankfurt	11 430,0
Freienwalde	4 862,0

Fürstenberg	1 870,0
Fürstenwalde	8 200,0
Seelow	8 424,0
Strausberg	2 374,0
Stallstadt	1 200,0
Reserve für AWG	420,0
<b>Insgesamt:</b>	<b>55 000,0</b>

#### IV. Arbeitskräfte, Arbeitsproduktivität und Lohn

Unsere Republik verfügt weder zur Zeit, noch in den nächsten Jahren über nennenswerte Arbeitskräfte-reserven. Ganz besonders trifft das für männliche Arbeitskräfte zu. Die geringen vorhandenen Reserven für unsere Volkswirtschaft beschränken sich auf die Schulabgänger bzw. die auslernenden Lehrlinge und in sehr geringem Umfange auf Hausfrauen, die noch in den Produktionsprozeß eingegliedert werden können.

All das trifft auch für den Bezirk Frankfurt (Oder) zu. Die Steigerung von Produktion und Leistungen im Jahre 1958 muß deshalb prinzipiell durch eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität bzw. der sonstigen Leistungen je Beschäftigten erreicht werden. Eine Ausnahme hiervon bilden die Landwirtschaft — hier sind der Hektar-Besatz an Arbeitskräften in der sozialistischen Landwirtschaft und der Besatz an Stammmotorkisten je Traktor in den MTS unbedingt zu erhöhen — und die Baustoffindustrie.

Es gilt deshalb in erster Linie alles zu tun — Verbesserung der Technologie, der Betriebs- und Arbeitsorganisation, optimale Auslastung und bestmögliche Anwendung der Maschinen, Mechanisierung besonders der arbeitsintensiven Tätigkeiten usw. — um die Arbeitsproduktivität maximal zu steigern.

Des weiteren kommt es darauf an, die noch örtlich vorhandenen Arbeitskräfte-reserven unserer Volkswirtschaft nutzbar zu machen. Es sind alle Möglichkeiten zu untersuchen und auszunutzen, männliche Arbeitskräfte freizusetzen. Besonders dort, wo der Einsatz weiblicher Arbeitskräfte gegeben ist. Das trifft insbesondere für die Bereiche außerhalb der materiellen Produktion und der Leicht- und Lebensmittelindustrie zu. Die freiwerdenden männlichen Arbeitskräfte sind in die Baustoffindustrie und in die Landwirtschaft zu lenken. Zur Erreichung dieses Zieles sollten die Räte gegebenenfalls besondere Maßnahmen festlegen und beschließen.

Darüber hinaus besteht die Aufgabe, die noch vorhandenen weiblichen Arbeitskräfte-reserven vor allem der Landwirtschaft nutzbar zu machen. Die Reduzierung der übrigen Beschäftigten (Wirtschafts- und Verwaltungspersonal, übriges sonstiges Personal) ist in allen Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft durchzuführen, um den Anteil der Produktionsarbeiter bzw. des Fachpersonals zu erhöhen.

Der weitere Zuwachs an techn. Personal infolge der Erweiterung der technischen Basis unserer Wirtschaft muß in jedem Falle ökonomisch begründet sein und zu einer Einsparung in anderen Beschäftigtengruppen führen.

Es ist unter allen Umständen zu sichern, daß die Anzahl der Beschäftigten in den Bereichen der materiellen Produktion schneller wächst, als die in den Bereichen außerhalb der materiellen Produktion, wobei die Zahl der produktiv Beschäftigten sich am schnellsten zu entwickeln hat.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität bzw. der sonstigen Leistungen je Beschäftigten ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft. Es ist zu sichern, daß die Arbeitsproduktivität der Gesamtbeschäftigten schneller wächst als die der Produktionsarbeiter. Weiter besteht eine wichtige Aufgabe darin, die unproduktiven bzw. Ausfallzeiten in allen Zweigen der Volkswirtschaft zu senken. Ganz besonders gilt das für die Landwirtschaft und die Bau- und Baustoffindustrie. Gleichzeitig ist durch eine verbesserte Betriebs- und Arbeitsorganisation die Anzahl der Ueberstunden im allgemeinen, vor allem aber im Kraftverkehr, wesentlich zu vermindern.



Zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Sicherung der planmäßigen Entwicklung des Lohnprinzips ist die konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips und eine verbesserte Normenarbeit erforderlich.

Im Jahre 1958 muß erreicht werden, daß die technisch begründeten Arbeitsnormen grundsätzlich als Grundlage für die Entlohnung nach der Leistung angewandt werden. Es ist in jedem Falle zu gewährleisten, daß die Arbeitsproduktivität sich wesentlich schneller entwickelt als der Durchschnittslohn der Produktionsarbeiter.

Die Anzahl der neu einzustellenden Lehrlinge kann 1958 gegenüber 1957 nicht erhöht werden. Der Anteil der neu einzustellenden Lehrlinge zur Ausbildung für die Lohngruppen III und IV ist gegenüber 1957 weiter zu steigern. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die volkswirtschaftlichen Schwerpunkte — Landwirtschaft, Bau- und Baustoffindustrie — vorrangig mit Lehrlingen versorgt werden. In der Landwirtschaft und der Baustoffindustrie ist eine Erhöhung der Anzahl der neu einzustellenden Lehrlinge zu erreichen.

Es zeigt sich, daß die für die Berufsausbildung zur Verfügung gestellten Mittel nicht immer zweckentsprechend angewandt werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, zur Vorbereitung auf den Volkswirtschaftsplan 1958 noch im Jahre 1957 zu überprüfen, inwieweit es möglich ist, Mittel einzusparen. Es ist zu sichern, daß mit weniger Aufwand größere Erfolge in der Berufsausbildung erreicht werden.

Die übermäßige Vergrößerung des Personals für Berufsausbildung, die 1957 aufgetreten ist, ist zu beenden, ohne dabei die Qualität der Ausbildung der Lehrlinge zu mindern.

Insbesondere trifft das für die Zweige der Land- und Forstwirtschaft, der Bauindustrie und des Handels zu.

### Beschluß Nr. 43 — 14/57

1. Auf der Grundlage der Direktive zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1958 im Bezirk Frankfurt (Oder) und unter Beachtung der Systematik der örtlichen Planung ist im Bezirk Frankfurt (Oder) mit der Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1958 in allen Ebenen, Betrieben und Einrichtungen zugleich zu beginnen.

Bei der Ausarbeitung sind die Richtlinien des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zur Verbesserung der Arbeit der örtlichen Organe der Staatsmacht in den Kreisen, Städten und Gemeinden vom 6. 5. 1957 und das Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 17. 1. 1957 zu beachten.

2. Die Vorsitzenden der Räte der Kreise werden verpflichtet, auf Grund der o. a. Materialien ebenfalls eine Direktive für den jeweiligen Kreis auszuarbeiten.

Die Direktive, die die Richtung für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft im Jahre 1958 des jeweiligen Kreises beinhalten muß, ist in einer Bürgermeister-Schulung den Bürgermeistern zu erläutern. Gleichzeitig ist die Direktive zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1958 als Grundlage für die Ausarbeitung der Entwürfe der Kreis-,

Stadt- und Dorfpäne für das Jahr 1958 zu benutzen. Diese Kreis-, Stadt- und Dorfpäne sind unbedingt im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1958 mit der Bevölkerung zu beraten.

Die Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises beraten diese Direktive gleichfalls mit den ihnen unterstellten Leitern der Betriebe und Einrichtungen.

Den Vorsitzenden der Räte der Kreise wird empfohlen, in einer Sekretariatsitzung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland dem Kreissekretariat die Aufgabenstellung auf dem Gebiete der Volkswirtschaft für ihren Kreis zu erläutern und alle Ortsausschüsse der Nationalen Front aufzurufen, sich an der Diskussion bei der Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1958 und der Kreis-, Stadt- und Dorfpäne aktiv zu beteiligen.

Die zu führende Diskussion mit der Bevölkerung ist zu verbinden mit der Weiterführung der Lösung „Jeder eine gute Tat für unsere gemeinsame sozialistische Sache“.

3. Den Vorsitzenden der Ständigen Kommissionen und den Abgeordneten des Bezirkstages wird empfohlen, die Direktive in ihrer nächsten Kommissionsitzung den Mitgliedern der Ständigen Kommissionen zu erläutern, um sie ebenfalls auf die Hauptaufgaben für das Jahr 1958 zu orientieren.

Des weiteren wird den Vorsitzenden der Ständigen Kommissionen des Bezirkstages und der Kreistage empfohlen, sich von den Leitern der Fachabteilungen berichten zu lassen, wie die Fachorgane bei den Räten der Kreise und beim Rat des Bezirkes gedenken die Direktive zu verwirklichen.

Den Kreistagen und Gemeindevertretungen wird empfohlen, entsprechend dem Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht, aktiv an der Planausarbeitung in allen Betrieben, Einrichtungen, auf allen Gebieten der Volkswirtschaft teilzunehmen.

4. Durch die Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes und die Vorsitzenden der Räte der Kreise ist zu sichern, daß der Planvorschlag bis spätestens 20. 8. 1957 bei der Plankommission des Rates des Bezirkes vorliegt, außer Markproduktion Landwirtschaft, hierfür ist Termin der 15. 9. 1957.

In der Zeit vom 25. bis 30. 8. 1957 führt der Vorsitzende der Plankommission mit den Stellv. des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Aussprachen über die noch strittigen Fragen bzw. über den genannten Planvorschlag durch.

5. Der Energiebeauftragte beim Rat des Bezirkes hat die Ermittlung des Bedarfes für Energie und Gas für die einzelnen Bedarfsträgergruppen, entsprechend der Anweisung für die Durchführung der Materialplanung für das Jahr 1958, durchzuführen.

gez. Brosien  
i. V. Vorsitzender des Rates  
gez. Steininger  
i. V. Sekretär des Rates

### Für einen besseren Einzug der Gemeindesteuern

Die im Volkswirtschaftsplan und Haushaltsplan des Bezirkes für 1957 festgelegten umfangreichen Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung erfordern alle Anstrengungen zur Erfüllung der beschlossenen Einnahmepläne. Wir geben den Räten der Städte und Gemeinden für die Erhebung der Gemeindesteuern folgende Hinweise:

#### 1. Vergnügungssteuer:

Nach Ziffer 13 des Planes zur Förderung der Jugend im Jahre 1957 vom 24. Januar 1957 (GBI.

S. 97) ist ab 1. März 1957 für die von der FDJ organisierten und durchgeführten Jugendveranstaltungen Vergnügungssteuerfreiheit zu gewähren.

Die Vergnügungssteuerordnungen sind danach gemäß § 5, Absatz 2, des Gesetzes vom 18. Januar 1957 über die örtlichen Organe der Staatsmacht entsprechend zu ändern. Eine besondere Anordnung des Ministeriums der Finanzen ist nicht erforderlich. Wir bitten deshalb, darauf nicht länger zu warten.

Mit der Steuervergünstigung nach Ziffer 13 des Planes zur Förderung der Jugend soll die FDJ bei der Durchführung von Jugendveranstaltungen unterstützt werden. Die Steuerfreiheit erstreckt sich deshalb nur auf Jugendveranstaltungen, die von der FDJ organisiert und durchgeführt werden. Dabei ist es unmaßgeblich, ob Eintrittsgeld erhoben wird oder nicht. Soweit es sich jedoch nicht um Jugendveranstaltungen, sondern um allgemeine Veranstaltungen handelt, bei denen lediglich die FDJ als Veranstalter auftritt, oder etwa vorgeschoben wird, ist Vergnügungssteuer zu erheben. Es muß darauf geachtet werden, daß die Steuervergünstigung nicht mißbraucht wird. Wir schlagen deshalb folgende Formulierung in der Vergnügungssteuerordnung vor:

„Steuerfreie Vergnügungen

.....

Jugendveranstaltungen, die von der FDJ organisiert und durchgeführt werden, unabhängig von der Höhe des erhobenen Eintrittsgeldes. Allgemeine Veranstaltungen, die nicht nur für die Jugend durchgeführt werden und bei denen die FDJ lediglich als Veranstalter auftritt, sind nicht befreit.“

2. Grundsteuer:

Bei jeder Gemeindesteuer muß ständig geprüft werden, ob alle steuerpflichtigen Fälle erfaßt sind. Bei der Festsetzung und dem Einzug der Grundsteuer A und B wird nicht überall die erforderliche Sorgfalt aufgewandt. Wir erwarten von allen Finanzbeamten der Städte und Gemeinden und bitten alle Räte, zur Erfüllung und Ueberschreitung der geplanten Haushaltseinnahmen dadurch beizutragen, daß überprüft wird, ob alle steuerpflichtigen Objekte erfaßt sind. Besteht

noch kein Einheitswert, ist die Abteilung Finanzen beim Rat des Kreises zu veranlassen, diesen zu bilden. Sind Zurechnungsfortschreibungen bei Eigentumswechsel noch nicht durchgeführt, ist die Abteilung Finanzen ebenfalls daran zu erinnern. Bis die Umschreibung des Einheitswertes erfolgt ist, muß die Entrichtung der Grundsteuer durch den bisherigen oder den neuen Eigentümer sichergestellt werden.

Bei der Beseitigung von Grundsteuerrückständen muß zielstrebig und auch überzeugender gearbeitet werden. Es ist auch ein Beitrag zur Stärkung unseres Staates, wenn Verpflichtungen zur Entrichtung rückständiger Steuerbeträge eingegangen werden, denn damit werden unter anderem auch die Maßnahmen finanziert, die in den Wahlversammlungen erlutert oder für die Wähleraufträge erteilt worden sind. Es muß erreicht werden, daß bis zum Jahresende alle Gemeindesteuer-rückstände beseitigt werden.

3. Kulturabgabe:

Wir haben festgestellt, daß die Anordnung über die Erhebung der Kulturabgabe vom 18. Februar 1955 nicht überall voll beachtet wird. Die Kulturabgabeanmeldungen werden teilweise nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht abgegeben. Wir bitten, darauf zu achten, daß jeder Betrag dem Haushalt der Gemeinde zugeführt wird. Nach der Anordnung ist die Kulturabgabe an den Rat der Gemeinde abzuführen, in der die kulturabgabepflichtige Veranstaltung durchgeführt worden ist. Das gilt zum Beispiel auch für den Kreislichtspielbetrieb. Wir bitten, darauf zu achten.

gez. Schmidt  
Leiter der Abt. Finanzen